

## Sachbeiträge

(6)

Uwe Koch

Das Ministerium für  
Staatssicherheit, die Wehr-  
dienstverweigerer der DDR und die  
Bausoldaten der Nationalen Volksarmee

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern

## INHALT

---

1.	Einführung in das Thema	4
2.	Zur Aktenlage im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (BStU)	10
3.	Einschätzungen des MfS zu Wehrdienstverweigerung und Bausoldatendienst in den Hauptabteilungen I und XX sowie im Arbeitsbereich des Ministers des MfS	13
4.	Bearbeitung von Bausoldaten durch das MfS in Operativen Vorgängen	72
5.	Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in den Baueinheiten	95
6.	Die Rolle und Bedeutung von Wehrdienstverweigerern und Bausoldaten in wissenschaftlichen Analysen der Juristischen Hochschule des MfS	123
7.	Zusammenfassung	159
	Glossar und Abkürzungsverzeichnis	160
9.	Ausgewähltes Verzeichnis von Akten in den Beständen des BStU	163
	Organisationsschema des Ministeriums für Staatssicherheit	166
	Kalenderblätter aus einem Bausoldatenkalender 1984/85	168

## 1. Einführung in das Thema

Die Wehrdienstverweigerer in der DDR waren von Anfang an - also seit Beginn der Allgemeinen Wehrpflicht in der Deutschen Demokratischen Republik am 24. Januar 1962 - Objekte der Beobachtung und Bearbeitung durch das MfS. Die Wehrpflicht war „ehrenvolle Pflicht, entsprechend der Entschlossenheit der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, das sozialistische Vaterland zu verteidigen“<sup>1</sup>.

Unmittelbar nach Einführung der Wehrpflicht hatten kirchliche Vertreter und Gremien bereits einen Rechtsschutz für diejenigen jungen Männer gefordert, welche sich aus Glaubens- und Gewissensgründen weigerten, einen Waffendienst zu leisten. Die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen erklärte im März 1962, „daß sie ... für den Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen sich einsetzen will“ und „ihre Pfarrer schon seit Jahren aufgerufen (hat), an die Seite dieser Kriegsdienstverweigerer zu treten“<sup>2</sup>. Zur gleichen Zeit erklärte die Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg „ihre Bereitschaft, für diejenigen einzutreten, die aus prinzipiell oder situationell bestimmten Gewissensgründen glauben, den Dienst mit der Waffe nicht leisten oder den Eid in der geforderten Form nicht ablegen zu können“<sup>3</sup>. Rund 2000 junge Männer, vorwiegend aus Kreisen der evangelischen Landeskirchen, hatten bei Einführung der Wehrpflicht öffentlich angekündigt, einer Einberufung nicht nachzukommen. Schon zum ersten Einberufungstermin im Frühjahr 1962 wurden Verweigerer einberufen und festgenommen. Eine am 11. Mai 1962 veröffentlichte „Liste der verhafteten, verurteilten und ausgewiesenen kirchlichen Amtsträger“<sup>4</sup> (einschließlich Laienmitarbeiter) aus dem Bereich von fünf der acht ostdeutschen Landeskirchen nennt allein aus diesem Personenkreis drei wegen Wehrdienstverweigerung Inhaftierte (ein Untersuchungshäftling sowie zwei Gefängnisstrafen von 4 bzw. 7 Monaten).

Die DDR-Regierung war offensichtlich überrascht darüber, daß aus kirchlichen Kreisen so deutliche Zeichen gegen den Dienst in einer Wehrpflichtarmee kamen. Das MfS reagierte in dieser Phase, aus der verhältnismäßig wenig Dokumente vorliegen, vor allem mit Recherchen im Bereich „allge-

<sup>1</sup> Volkskammererklärung zur Verabschiedung des Gesetzes über die Allg. Wehrpflicht vom 24.1.1962.

<sup>2</sup> Synode der Evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen vom 14.3.1962

<sup>3</sup> Synode der Evang. Kirche Berlin-Brandenburg vom 14.3.1962

<sup>4</sup> Fürbittliste für politische Gefangene, Rundverfügung 61/66 der Kirchenprovinz Sachsen

meine Feindseligkeit von Kirchen und Sekten“<sup>5</sup>. Dabei wurden speziell Kontakte der Kirchen in die Bundesrepublik und zu amerikanischen Kirchen registriert.

Nach Einrichtung der Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung zeigte sich eine neue Orientierung. Mit der Möglichkeit dieses waffenlosen Ersatzdienstes innerhalb der NVA durch die Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 7. September 1964 meinte die Regierung, dem Anliegen derer Genüge getan zu haben, die „aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen“<sup>6</sup>. Auch dies erwies sich sehr schnell als Trugschluß. Von Anfang an war es für zahlreiche Verweigerer nicht hinnehmbar, daß die Anordnung (§ 2) als Arbeitsaufgabe „Mitarbeit bei Straßen- und Verkehrsbauten sowie Ausbau von Verteidigungs- und sonstigen militärischen Anlagen“<sup>7</sup> verlangte. Verweigerer, die nicht nur die individuelle Waffenanwendung, sondern die Beteiligung an militärischer Gewalt generell ablehnten, wurden damit vor neue Gewissenskonflikte gestellt. Für Einzelne bewirkte diese Aufgabenstellung von vornherein die Entscheidung zu einer Verweigerung auch des Bausoldatendienstes. Andere versuchten als Bausoldaten durch Eingaben an das Verteidigungsministerium eine Änderung der Arbeitseinsatzbereiche zu einreichen. Bereits im ersten Einberufungsdurchgang (November 1964 bis Mai 1966) kam es unter den 220 einberufenen Bausoldaten zu über 20 Fällen, in denen Bausoldaten die Verweigerung eines Befehls zur Kenntnis gaben, sicherheitsdienstlich erfaßt und militärstrafrechtlich verurteilt wurden.

Im Zeitraum Ende der sechziger Jahre bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre erfolgten allgemeine Observierungen von Bausoldaten sowie Maßnahmen gegen diesen Personenkreis vor allem im Bereich der Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen)<sup>8</sup>. Mit dieser Bearbeitung unterstrich das MfS die Position des Ministeriums für Nationale Verteidigung, nach der der Bausoldatendienst kein Ersatzdienst im Sinne eines Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung war, sondern „normaler“ NVA-Dienst, welcher der Ableistung des Grundwehrdienstes entsprach. In den wenigen

<sup>5</sup> BStU SdM 1902 vom 29.1.1962

<sup>6</sup> Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Baueinheiten ...; Gesetzblatt I, 11/64 vom 16.9.1964, S. 129

<sup>7</sup> ebenda

<sup>8</sup> siehe Schema der Struktur des Ministerium für Staatssicherheit im Anhang

aus dieser Zeit erhalten gebliebenen Akten wurden deshalb auch Fälle von Befehlsverweigerung in den Baueinheiten in der allgemeinen Statistik der Militärstraftaten „versteckt“ und nicht als „politische Feindschaft“ registriert. Daneben gab es gezieltes Vorgehen gegen sich entwickelnde kirchliche Strukturen von Wehrdienst- und Verweigererberatung (z. B. innerhalb des Evangelischen Jungmännerwerkes), welche von den zuständigen Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen bearbeitet wurden, sowie umfangreiche Ermittlungen und politische Einflußnahme gegen die im Juni 1965 von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen herausgegebene Handreichung „Zum Friedensdienst der Kirche - Empfehlung des Arbeitskreises für Wehrdienstfragen“ durch die Hauptabteilung XX, 4<sup>9</sup>.

Mitte der siebziger Jahre stiegen die Zahlen der Wehrdienstverweigerer stetig und nach der Ausbürgerung des regimekritischen Liedermachers Wolf Biermann im November 1976 und der folgenden Repressionswelle sprunghaft an. Das zunehmende Engagement der Kirchen, aber auch unabhängiger Gruppen, in Friedensfragen, speziell im Widerstand gegen die im Sommer 1978 von der Regierung angekündigte Einführung des obligatorischen Wehrunterrichtes an Schulen, rief ein verschärftes Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes gegen Einzelne und Gruppen hervor. Dies äußerte sich vor allem in einer wachsenden Zahl von Bearbeitungsvorgängen (Operative Personenkontrolle [OPK]; Operative Vorgänge [OV]), welche z. T. schon vor der BS-Dienstzeit gegen die Betroffenen eröffnet und dann in der NVA durch die HA I bzw. die HA IX (Ermittlungs-, Untersuchungsorgan) weitergeführt, z. T. während der Dienstzeit gegen die Bausoldaten eröffnet und danach in den Heimatorten durch die zuständigen Abteilungen (meistens XX/4) der jeweiligen Kreisdienststellen oder Bezirksverwaltungen übernommen wurden.

Einen weiteren „Qualitätssprung in der operativen Bearbeitung“ von Wehrdienstverweigerern gab es in den Jahren 1981 bis 1983. In diesem Zeitraum trafen verschiedene Ereignisse zusammen, welche heftige Reaktionen des Ministeriums für Staatssicherheit, aber auch des Politbüros der SED auslösten. Dies war erstens die Vernetzung oppositioneller Gruppierungen innerhalb der DDR in dem „Basisgruppennetzwerk Frieden Konkret“, von dem aus auch einzelne Friedens- und Menschenrechtsgruppen Kontakte zur „Charta 77“ in der Tschechoslowakei und zu der „Solidarnosc“-Bewegung in Polen unterhielten. Zweitens war dies die von einer Dresdener Gruppe initiierte Forderung nach einem „Sozialen Friedensdienst“ adäquat dem westdeutschen Zivildienst, wel-

<sup>9</sup> z. B. Maßnahmepläne der Auswertungs- und Informationsgruppe der HA XX/4

che besonders in den Kirchen und kirchennahen Gruppen starke Unterstützung fand. Und es war drittens die zunehmende Solidarisierung von Künstlern, Schriftstellern und anderen Intellektuellen mit der unabhängigen Friedensbewegung, welche sich im Widerstand gegen die neue Spirale im Rüstungswettlauf durch die Stationierung amerikanischer bzw. sowjetischer Mittelstreckenraketen in Deutschland formierte<sup>10</sup>.

Diese Entwicklungen, im Zusammenhang mit einem weiteren Ansteigen der Verweigererzahlen<sup>11</sup>, führten dazu, daß die Fragen von Wehrdienstverweigerung und der Forderung nach einem zivilen Wehrersatzdienst ab 1982 im Politbüro immer häufiger Verhandlungsgegenstand waren bzw. Gegenstand der kontinuierlichen Informationen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministers an das Politbüro (siehe Kapitel 3).

Um das Jahr 1985 entstand abermals eine neue Situation. Waren noch in den siebziger Jahren die meisten Bausoldaten religiös motivierte Verweigerer gewesen aus den evangelischen Landes- und Freikirchen, so verschob sich nun die Zusammensetzung der Baueinheiten. Bereits 1986 waren schätzungsweise fünfzig Prozent der Verweigerer junge Wehrpflichtige, die aus politischer Unzufriedenheit mit dem DDR-Regime den Dienst verweigerten, darunter eine beträchtliche Zahl von Antragstellern auf ständige Ausreise aus der DDR. Zum Einberufungstermin Mai 1988 wurde gar durch das MfS veranlaßt, 700 Personen nicht zu den Baueinheiten heranzuziehen, da von ihnen „Befehlsverweigerungen, demonstrative Handlungen oder Ausreiseersuchen“ zu befürchten seien<sup>12</sup>. Aus dieser und anderen Einschätzungen geht hervor, daß das MfS ab 1986 unmittelbar beauftragt war, Lageeinschätzungen zur „Wehrdienstverweigererbewegung“ zu erstellen, um die Einberufung „feindlich-negativer Kräfte“ durch die NVA entweder zu verhindern oder aber auf bestimmte Termine und Einberufungsorte hin zu lenken. Noch im September 1989 hat das MfS auf direkte Weisung des SED-Generalsekretärs Erich Honecker logistische Vorschläge unterbreitet, welche eine Vervielfachung der Bausoldateneinsatzorte und der Einberufungstermine bis zum Jahr 1992 beinhalteten<sup>13</sup>.

<sup>10</sup> zu diesen Zusammenhängen: KOCH, Uwe/ESCHLER, Stephan; Zähne hoch - Kopf zusammenbeißen - Dokumente zur Wehrdienstverweigerung in der DDR, Scheunen-Verlag 1994, S. 60-103

<sup>11</sup> SCHICKETANZ, Peter in: Dokumentation der Berliner Studententagung „Zur Geschichte der Bausoldaten in der DDR - Einsichten und Konsequenzen für den Friedensdienst“, Magdeburg 1995, S. 4 ff.

<sup>12</sup> Zusammenfassende quantitative Übersicht der HA I/AKG; BStU MfS 7903

<sup>13</sup> BStU BV Halle 14.8.1989, AKG 1123; siehe auch Dokumente zu Kapitel 3

Neben dem Dauerkonflikt mit Schriftstellern, Malern und (Rock-)musikern und dem Phänomen der Kirchen (deren von der Partei vorhergesagte Selbstauflösung nicht erfolgte) ist die Frage der Wehrdienstverweigerung ein dritter Bereich, den das MfS nur schwer in seine Logistik einordnen und sich rational erklären konnte. Diese Ratlosigkeit wird auch in Dokumenten des MfS deutlich, wenn die Frage unbeantwortet bleibt, weshalb die „Staatsfeinde in Uniform“ einerseits Befehle verweigern, andererseits z. B. bereit sind, nach ihrer Dienstzeit noch einen 19. Monat<sup>14</sup> freiwillig und unentgeltlich in sozialen Einrichtungen zu arbeiten.

Die folgende Übersicht über den derzeitigen Forschungsstand zum Thema geht auf eine Themenrecherche zurück, welche ich seit Herbst 1992 in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) betrieben habe (zum Umfang siehe Kapitel 2).

Sie ist in dreierlei Hinsicht fragmentarisch. Zum einen sind die vorliegenden Akten äußerst unvollständig. Aufgefundene Akten (z. B. Jahrgangsberichte, durchnummerierte Weisungen) lassen im Vergleich zu den fehlenden Jahrgängen, Nummern etc. darauf schließen, daß lediglich rund 25 % der ursprünglichen Aktenbestände bisher aufgefunden wurden. Besonders im Bereich der HA I (Abwehr NVA/GT) sind offenkundig gezielt Maßnahmeberichte und Untersuchungs- / Ermittlungsergebnisse in größerem Umfang vernichtet worden. Zum zweiten sind Ermittlungsakten sog. „Militärstraftaten“ (also z. B. Befehlsverweigerungen, Wehrdienstverweigerung bei der Truppe, Entfernung von der Truppe) in Fällen, in denen es zu Militärstrafen kam, zum Teil noch nicht zugänglich, da laufende Rehabilitierungsverfahren im Schwange sind. Zum dritten sind bei einer Themenrecherche personenbezogene Vorgangsakten (OPK, OV, ZOV) nur aufzufinden, wenn der Name des Vorganges einen Bezug zum Thema nahelegt. Hier ist für die weitere Forschungsarbeit unabdingbar, daß Betroffene die Erkenntnisse, welche ihnen bei der persönlichen Akteneinsicht zugänglich werden, zur Verfügung stellen. Darüber hinaus ist auch das Abgleichen dieser Akten mit eigenen Aufzeichnungen der Betroffenen (Tagebücher, Briefwechsel, Zeitzeugeninterviews) weiterhin nötig.

Im folgenden Kapitel wird der derzeitige Stand der Aktenlage (Umfang, Fundbereiche, Zuordnung) kurz vorgestellt.

<sup>14</sup> zum 19. Monate siehe: EISENFELD, Bernd; Kriegsdienstverweigerung in der DDR - Ein Friedensdienst?, Haag & Herchen Frankfurt/M. 1978, S. 96 ff.

Im Kapitel 3 wird anhand ausgewählter Akten die allgemeine Einschätzung der Wehrdienstverweigerung innerhalb der unabhängigen Friedensbewegung durch das MfS dargestellt. Dies erfolgt schwerpunktmäßig an Akten aus den Hauptabteilungen I und XX/4 sowie dem Sekretariat des Ministers (SdM) und den Arbeitsgruppen des Ministers (AGM und ZAIG), welche für die unmittelbare Zuarbeit des MfS-Ministers Erich Mielke für das Politbüro der SED zuständig waren.

Die Kapitel 4 und 5 stellen die operative Bearbeitung von Bausoldaten bzw. den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des MfS anhand jeweils eines exemplarischen OV bzw. einer IM-Akte vor.

Im Kapitel 6 wird wiederum anhand ausgewählter Akten die Einschätzung kirchlicher Friedens- und Verweigerergruppen sowie der Bausoldaten in „wissenschaftlichen“ Forschungsarbeiten der Juristischen Hochschule des MfS aufgezeigt.

Den genannten Kapiteln sind jeweils Aktenauszüge als Faksimile beigegeben. Die Schwärzung von Namen entspricht den Erfordernissen des Datenschutzes im Sinne des Gesetzes über die Unterlagen des ehem. MfS der DDR.

Ein Glossar der wichtigsten Abkürzungen und Fachbegriffe ist angefügt<sup>15</sup>.

Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern Herrn Frank Joestel und Herrn Kurt Schober aus der Abteilung Bildung und Forschung des BStU, welche nacheinander über fast vier Jahre diese Themenrecherche begleitet haben sowie der Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt, Frau Edda Ahrberg, für ihre Bereitschaft, diese Untersuchung herauszugeben.

<sup>15</sup> zu Aufbau und Binnenstruktur des MfS siehe auch: GILL, David/SCHRÖTER, Ulrich; Das Ministerium für Staatssicherheit - Anatomie des Mielke-Imperiums; Rowohlt Berlin 1991. Sowie: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989; Dokumente des BStU, Reihe A, Band 2/93; Berlin 1993.

## 2. Zur Aktenlage im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (BStU)

Der Überblick über die Aktenlage in den Archiven des BStU geht zurück auf eine Themenrecherche, welche im Auftrag der Enquete-Kommission des Bundestages von Juli 1992 bis September 1994 durchgeführt und seitdem vervollständigt wurde<sup>16</sup>.

Im Rahmen der Recherche wurden von der Abteilung Bildung und Forschung des BStU bisher 12 200 Seiten Akten des ehem. MfS aufgearbeitet, in denen Hinweise bzw. Querverweise zum Thema wahrgenommen wurden. Das von mir gesichtete Material läßt sich grob in drei Gruppen einteilen:

allgemeine Informationen, Lageberichte, Einschätzungen und Weisungen des MfS, den militärischen Komplex der DDR (einschließlich Militärstaatsanwaltschaften und Militärgerichte) betreffend, in denen auch Baueinheiten der NVA sowie Dienstverweigerung bzw. Befehlsverweigerung in den verschiedenen Teilstreitkräften erwähnt werden (ca. 35 % der Akten);

Informationen, operative Lageeinschätzungen (einschließlich Analysen der Juristischen Hochschule des MfS), Weisungen und Maßnahmepläne, die kirchliche Jugendarbeit sowie kirchliche Beratung und Begleitung von Wehrpflichtigen/ -verweigerern und die unabhängige Friedensbewegung/Basisgruppenbewegung betreffend (ca. 50 % der Akten);

Erfassung, Überwachung, IM-Werbung, operative Bearbeitung (einschließlich disziplinarischer und strafrechtlicher Maßnahmen), Bausoldaten während ihrer NVA-Dienstzeit betreffend (ca. 15 % der Akten).

Der überwiegende Teil des Aktenmaterials stammt aus dem Zeitraum 1975 bis 1988. Wie bereits unter 1. erwähnt, sind Einschätzungen der MfS-Aktivitäten über statistisch relevante Zeiträume (von mehreren vergleichbaren Jahren) hinweg aufgrund der unvollständigen Akten so gut wie unmöglich. So sind beispielsweise von der seit Mitte der 70er Jahre jährlich erstellten „Zusammenfassenden quantitativen Übersicht zu politisch-operativ bedeut-

<sup>16</sup> KOCH, Uwe, Die Baueinheiten der Nationalen Volksarmee der DDR - Einrichtung, Entwicklung und Bedeutung. In: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; Band II.3, S. 1835-1899, Nomos-Verlag Baden-Baden 1995

samen Erscheinungen im Bereich Hauptabteilung I/Landstreitkräfte“ lediglich die Jahrgänge 1987 und 1988 aufgefunden worden<sup>17</sup>. Diese Übersichten sind insofern von Bedeutung, weil sie alle Vorkommnisse von Fahnenflucht, Befehlsverweigerung, Totalverweigerung bei der Truppe sowie Ermittlungen wegen „Politischer Untergrundtätigkeit (PUT)“ und „Politisch-ideologischer Diver-sion (PID)“ in der NVA einschließlich der Baueinheiten erfaßten.

Ebenfalls nur äußerst lückenhaft vorhanden sind Akten zur Frage der Einberufung bzw. Nichteinberufung von Wehrdienstverweigerern, die vor dem Einberufungstermin angekündigt hatten, der Einberufung keine Folge zu leisten (Totalverweigerer). Im November 1985 hatte das Ministerium für Nationale Verteidigung erstmalig die Einberufung von Totalverweigerern nachträglich rückgängig gemacht und bereits Inhaftierte wieder aus der Untersuchungshaft der Militärstaatsanwaltschaft entlassen. Seit diesem Zeitpunkt sind nur in wenigen Einzelfällen Totalverweigerer einberufen und verhaftet worden (Zeugen Jehova; Ausreiseartragsteller; Reservistendienstverweigerer). Taktische Weisungen des MfS für diese Praxis sind jedoch in den bisher gefundenen Akten erst ab dem Einberufungstermin Mai 1988 nachweisbar<sup>18</sup>.

Von besonderem Interesse, weil vollständig erhalten, sind mehrere Examensarbeiten der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Schöneiche, welche vergleichbar einer Militärakademie auch Diplomierungs- und Promotionsbefugnis hatte. Dazu gehören Fachschulexamensarbeiten sowie Hochschuldiplomarbeiten, von denen sich zwei mit der „operativen Lageeinschätzung“ und der „operativen Bearbeitung von Vorgängen in den Baueinheiten“ beschäftigen, während sich drei weitere der „Gewinnung und Qualifizierung von Inoffiziellen Mitarbeitern“ in Jungen Gemeinden, Friedenskreisen und gezielt unter künftigen oder dienenden Bausoldaten widmen<sup>19</sup>.

Im Rahmen der Themenrecherche habe ich lediglich zwei komplette IM-Vorgänge auffinden können<sup>20</sup>. Diese Akten sowie gefundene Bruchstücke anderer IM-Akten sowie IM-Enttarnungen in gefundenen OV belegen, daß

<sup>17</sup> BStU MfS 7902 und BStU MfS 7903; siehe auch Kapitel 3

<sup>18</sup> Büro des Stellvertretenden Ministers, Lageeinschätzung zu Wehrdienstverweigerern vom 14.5.1988; BStU Dok.-Stelle Nr. 103479

<sup>19</sup> siehe Kapitel 6; speziell dazu: BStU- JHS 20735, BStU- JHS 21496 und BStU- JHS 20074

<sup>20</sup> BStU AIM „Jürgen“ 9112/82 und BStU IMB „Steffen Schuster“ 0893/91, siehe dazu Kapitel 5

das MfS in der Regel und häufig mit Erfolg versucht hat, Inoffizielle Mitarbeiter unter den Bausoldaten später zum Theologiestudium oder einer anderen kirchlichen Ausbildung zu „delegieren“ und als kirchliche Mitarbeiter „aufzubauen“. Die Mehrzahl der so aufgebauten IM ist allerdings mittels „Komprimaten“ (persönlichen Lagen, welche das MfS zur „Erpressung“ von IM-Tätigkeit nutzte) angeworben worden. Logischerweise sind in den meisten Fällen, in welchen es gelang, IM in kirchlichen Funktionen zu installieren, die Akten im Herbst 1989 vernichtet worden.

Auch im Bereich der „Opfer-Akten“ finden sich oft nur zufällige Querverweise. So wurden z. B. die OPK-Akte „Wühlmaus“ (Bausoldat Stephan Schack) und die OV-Akte „Klerus“ (Bausoldat Ulrich Töpfer) bisher nicht gefunden, aber beide Vorgänge werden in Examensarbeiten der JHS des MfS, welche „überlebt“ haben, ausführlich behandelt<sup>21</sup>.

Es ist nicht auszuschließen, daß unter den noch nicht erschlossenen Materialien im Bestand der Gauck-Behörde sowie unter den Mikroverfilmungen vernichteter Akten noch Quellenmaterial gefunden wird, welches die weitere Forschung bereichert.

<sup>21</sup> KOCH/ESCHLER, a. a. O., S. 159 ff.

### 3. Einschätzungen des MfS zu Wehrdienstverweigerung und Bausoldatendienst in den Hauptabteilungen I und XX sowie im Arbeitsbereich des Ministers des MfS

Die Bearbeitung von Bausoldaten und Wehrdienstverweigerern durch das MfS unterlag den allgemeine Bearbeitungskriterien. Diese bestanden aus

1. Beobachtungen, Vorermittlungen und Berichterstattungen;
2. Operativmaßnahmen (OPK, OV) und
3. Zersetzungsmaßnahmen (Psychiatisierung, Ausbürgerung) sowie Festnahmen und Verurteilungen<sup>22</sup>.

Neben solchen Vorgangsakten befinden sich in den Beständen des BStU zahlreiche Lageeinschätzungen, Informationen und Maßnahmepläne, die im Zusammenhang mit Wehrdienstfragen auf Wehrdienstverweigerung eingehen. So wurde beispielsweise in einer Kollegiumssitzung des MfS vom 29.1.1962 im Vorfeld der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch den Minister Mielke bereits auf die Frage eingegangen, wie auf eventuelle Verweigerer zu reagieren sei<sup>23</sup>.

Nach Einrichtung der Baueinheiten im Jahr 1964 konzentrierte sich das MfS in den Folgejahren vor allem auf die kirchlichen Aktivitäten zur Beratung und Begleitung von Bausoldaten. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei grundsätzlichen Erklärungen der Kirchen, etwa der durch die Konferenz der Kirchenleitungen herausgegebenen Handreichung „Zum Friedensdienst der Kirche - Empfehlung des Arbeitskreises für Wehrdienstfragen“. Hinsichtlich der Entstehung der Handreichung verfügte das MfS über keine internen Informationen, da es nicht gelungen war, einen Inoffiziellen Mitarbeiter in dem durch Bischof Johannes Jänicke initiierten Arbeitskreis zu plazieren. So gelangte die Handreichung erst nach ihrem offiziellen Erscheinen im Juni 1965 zum MfS und wurde von dort an das Staatssekretariat für Kirchenfragen weitergegeben. In der Folge wurde der Greifswalder Bischof Friedrich Wilhelm Krummacher zu Staatssekretär Klaus Gysi einbestellt und massiver Druck auf die Kirchenleitungen ausgeübt, die Handreichung zurückzuziehen<sup>24</sup>. Zur Ein-

<sup>22</sup> FUCHS, Jürgen: Politisch-operatives Zusammenwirken und aktive Maßnahmen; in: Analysen und Berichte, BStU- Abt. Bildung und Forschung, Schriftenreihe B, Band 3/93, Berlin 1993

<sup>23</sup> Protokoll über die erweiterte Kollegiumssitzung am Montag, dem 29.1.62; BStU SdM 1902

<sup>24</sup> KOCH/ESCHLER, a. a. O., S. 24 ff.

schätzung der Wirkungsgeschichte dieser Handreichung durch das MfS in den Jahren nach 1965 sind zwei Dokumente aufschlußreich. Zum einem ist dies eine Information der Zentralen Auswertungsgruppe des Ministers ZAG (später ZAIG genannt) aus dem Jahr 1970 (Dokument 1)<sup>25</sup>, in welcher eine Zusammenkunft ehemaliger Bausoldaten der ersten Einberufungsjahrgänge ausgewertet wird. Die IM-Quelle, auf welche diese Auswertung zurückgeht, hatte offenkundig keine besonderen Internkenntnisse der Zusammenhänge, denn die Information enthält zahlreiche Fehler; so wird z. B. der Arbeitskreis Wehrdienstfragen als „Arbeitskreis für Militärseelsorge“ tituliert und die formale Leitung des Arbeitskreises fälschlicherweise Bischof Krummacher (statt Jänicke) unterstellt. In dem zur Information gehörenden Maßnahmeplan der ZAG wird u. a. folgende Bearbeitungsmaßnahme vorgesehen:

„Es wäre zweckmäßig, wenn der Staatssekretär für Kirchenfragen mit dem Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof SCHÖNHERR, und mit dem Präses des Synode des Bundes, Bischof BRAECKLEIN, ein Gespräch führt, in dem

- geklärt wird, daß jegliche Einmischungsversuche seitens der evangelischen Kirche in die Belange der NVA unzulässig sind und zu unterbleiben haben,

- die Initiatoren der Arbeit unter den Bausoldaten benannt werden mit dem Hinweis, deren Tätigkeit kirchlicherseits zu untersagen.

Es sollte veranlaßt werden, daß die evangelischen Kirchenleitungen aller Landeskirchen in der DDR von diesem Gespräch Kenntnis erhalten mit dem Hinweis, daß die Bildung der geplanten Kommission für Wehrdienstfragen zu unterbleiben habe ...

Um Spekulationen von Bausoldaten auf eine 'legale Arbeit' und um Bestrebungen entgegenzutreten, Sammelpunkte von Bausoldaten zu schaffen, sollten die entsprechenden gesellschaftlichen Organisationen bzw. Parteien (Friedensrat, Nationale Front, CDU u. a.) von diesen Absichten informiert werden.“<sup>26</sup>

Aus dem Jahre 1980 liegt zum anderen eine Information der HA XX/4 vor, die Bezug nimmt auf eine überarbeitete Neuauflage der Handreichung zur seelsorgerlichen Beratung von Wehrpflichtigen (Dokument 2)<sup>27</sup>. Diese In-

<sup>25</sup> BStU MfS- ZAG- 1874

<sup>26</sup> BStU MfS- ZAG- 1874

<sup>27</sup> BStU MfS- HA XX/4- 1182

formation geht zurück auf drei Inoffizielle Mitarbeiter, welche in der Kommission Kirchliche Jugendarbeit des DDR-Kirchenbundes bzw. dem Friedensdienst-arbeitskreis des Evang. Jungmännerwerkes eingesetzt waren. Rückblickend zur Erstfassung der Handreichung heißt es dort:

„Bei der Handreichung von 1965 handelt es sich um eine vom ehemaligen Bischof JÄNICKE (Magdeburg) erarbeitete Schrift zur Anleitung der Arbeit mit wehrpflichtigen religiös gebundenen Jugendlichen. Bereits mit dieser Schrift wurden Jugendliche gegen die aktive Wehrbereitschaft beeinflußt und die Friedenspolitik der DDR in Frage gestellt.“<sup>28</sup>

Der wiederum angefügte Maßnahmeplan sieht dann vor, die Verbreitung der überarbeiteten Handreichung für Wehrpflichtige in den Kirchen nicht nur weiter zu überwachen (z. B. durch Maßnahme 26 = Abhören und akustisches Aufzeichnen), sondern auch durch gezielten Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern im Kirchenapparat zu stören. Dazu heißt es:

„1. Durch IM in Schlüsselpositionen 'Sekretär', 'Krone', 'Warth', 'Brunhilde', Vorlauf 'Meister' und Vorlauf 'Adel' wird Einfluß darauf genommen, daß diese 'Arbeitshilfe' nicht verbreitet und verwandt wird.

2. In Absprache mit der Abteilung 26 werden durch die laufende Maßnahme B weitere Hinweise über die Handhabung sowie weitere Überarbeitung der 'Arbeitshilfe' erarbeitet.

3. Durch die IMV 'Udo Ebert' der BV Suhl und 'Johannes' der BV Frankfurt/O wird Einfluß genommen, daß diese 'Arbeitshilfe' nicht verwendet und verbreitet wird. Von diesen IM werden Informationen über die weitere Überarbeitung des Materials gesichert ...

Über die HA XX/AIG wird das Institut für Politik und Wirtschaft beauftragt, diese 'Handreichung' politisch zu analysieren und ein Gutachten zu erarbeiten. Der Schwerpunkt wird auf politische Zielstellung, antikommunistische Hetze und Verleumdungen gelegt.“<sup>29</sup>

Ähnliche Maßnahmepläne an anderen Fundstellen belegen, daß das MfS gegen Veröffentlichungen und Aktivitäten im kirchlichen Raum nur sehr selten mit unmittelbarer Repression<sup>30</sup> vorgegangen ist, statt dessen vielmehr versucht hat, Inoffizielle Mitarbeiter in kirchlichen Schlüsselpositionen zur „Disziplinierung“ und „Zersetzung“ der Akteure zu benutzen.

<sup>28</sup> a. a. O.

<sup>29</sup> BStU MfS- HA XX/4- 1182

<sup>30</sup> z. B. im Fall Lothar Rochau, siehe hierzu: SCHULZE, Rudolf: Die Konflikte um den Jugenddiakon Lothar Rochau und seinen Dienst in Halle-Neustadt 1981-1983 - Ein Bericht, Hannover 1996

Unter den im unmittelbaren Unterstellungsbereich des Ministers aufgefundenen Dokumenten spielten Anfang der 80er Jahre die Vorgänge um die Initiative „Sozialer Friedensdienst“ eine herausragende Rolle.

Seit Herbst 1980 hatte eine kleine Gruppe von Amtsträgern und Laien der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in mehreren Gesprächsrunden erwogen, in welcher Weise die Einführung eines zivilen Wehersatzdienstes in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen erreicht werden könne. Im Mai 1981 ging die Gruppe dann mit einem Aufruf an die kirchliche Öffentlichkeit<sup>31</sup>. Dieser Aufruf erreichte eine starke Breitenwirkung auch dadurch, daß er aufforderte, das Anliegen mittels Eingaben an die Synoden der verschiedenen Landeskirchen zu unterstützen. Viele kirchliche Mitarbeiter verstanden dies als Aufforderung zum Auslegen von Unterschriftenlisten. Innerhalb weniger Monate wurden, speziell im Umfeld kirchlicher Großveranstaltungen in den Sommermonaten des Jahres 1981, rund zehntausend Unterschriften gesammelt, welche in ihrer Mehrzahl an die landeskirchlichen Synoden sowie die Synode des Kirchenbundes der DDR weitergegeben wurden.

Die zahlreichen Akten der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministers (ZAIG) zu diesem Vorgang belegen dreierlei:

1. Das MfS war auf die Veröffentlichung des Aufrufes, welcher durch den Dresdener Pfarrer Christoph Wonneberger in mehreren hundert hektographierten Exemplaren verschickt worden war, nicht durch inoffizielle Quellen vorbereitet worden, d. h. es gab im engeren Gesprächskreis der Initiative Sozialer Friedensdienst keinen Inoffiziellen Mitarbeiter. Der Text selber wurde dem MfS durch einen staatlichen Vertreter, den NDPD-Volkskammerabgeordneten Hans-Dietrich Möller, übergeben, dem Wonneberger den Aufruf offiziell mit der Post zugeschickt hatte<sup>32</sup>. Diese Feststellung ist um so erstaunlicher, da Wonneberger wegen seines Engagements in der Jugendarbeit der Dresdener Weinbergs-Gemeinde bereits seit Ende der 70er Jahre operativ bearbeitet wurde und von Inoffiziellen Mitarbeitern umgeben war. Offenkundig hatte ein gezielter IM-Einsatz in Richtung Wehrdienstverweigerung und Wehersatzdienst bei Wonneberger und dem ebenfalls operativ bearbeiteten Mitunterzeichner Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider zu diesem Zeitpunkt nicht stattgefunden.

<sup>31</sup> siehe hierzu: JANNING, Heinz/POKATZKY, Klaus/RÖDER, Hans Jürgen/TOBIASSEN, Peter (Hrsg.): *Kriegs-/ Ersatzdienst-Verweigerung in Ost und West*, Klartext-Verlag Essen 1990, S. 302 ff.; sowie: EHRING, Klaus/DALLWITZ, Martin: *Schwerter zu Pflugscharen - Friedensbewegung in der DDR*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg 1982, S. 182 ff., sowie: KOCH/ESCHLER, a. a. O., S. 66 ff.

<sup>32</sup> siehe Dokument 4; BStU ZAIG 3131

2. Das MfS reagierte auf diese „DDR-weite Unterschriftensammlung“ mit verblüffender Langsamkeit und Unsicherheit. Die erste Information der ZAIG vom 3.6.1981 datiert vier Wochen nach dem Versand des Aufrufes und geht zurück auf eine IM-Quelleninformation aus der Evang. Studentengemeinde Dresden (Dokument 3). Sie enthält lediglich die Feststellung des Versandes und eine Abschrift des Wortlautes. Drei Wochen später, am 25.6., wendet sich der Leiter der Hauptabteilung XX, Generalmajor Paul Kienberg, mit einem Fernschreiben der Kategorie „Flugzeug“ an die Leiter der Bezirksverwaltungen und ersucht, über Inoffizielle Mitarbeiter Hintergründe und Aktivitäten der Initiative Sozialer Friedensdienst zu recherchieren (Dokument 4). Die Ergebnisse dieser eiligen Recherche werden durch die HA XX am 30.6. vorgelegt (Dokument 5). Dieser Information ist anzumerken, daß sie unter großem Handlungsdruck sehr flüchtig erstellt wurde - sie enthält zahlreiche Fehler: Falschschreibungen von Titeln, Namen und Orten, falsche Zuordnungen kirchlicher Strukturen, Teilnehmerzahlen von Veranstaltungen, die im groben Widerspruch zu kirchlichen Aufzeichnungen stehen. Auch dies belegt wiederum, daß das MfS von der Initiative unvorbereitet überrascht wurde.
3. Zugleich wurden die Vorgänge um den Sozialen Friedensdienst jedoch als äußerst gravierend eingestuft, was aus dem Verteiler der Informationen der ZAIG hervorgeht. Dieser nennt wiederholt an erster Stelle den Generalsekretär Erich Honecker<sup>33</sup>, was belegt, daß Honecker die Angelegenheit Sozialer Friedensdienst (im Unterschied zu anderen Wehr- und Wehrdienstverweigererfragen) im Politbüro zu seiner Chefsache gemacht hatte. Die zweite zentrale Information der ZAIG für das Politbüro (Dokument 6) macht im Verteiler in besonderem Maße die Relevanz deutlich: 1. Honecker (Generalsekretär u. Vorsitzender d. Politbüros d. SED, Vorsitzender d. Nationalen Verteidigungsrates), 2. Hoffmann (Verteidigungsminister; Mitglied d. Politbüros), 3. Verner (Admiral, stellv. Vorsitzender d. Nationalen Verteidigungsrates), 4. Bellmann (Sekretär f. Kirchenfragen im ZK d. SED), 6. Gysi (Staatssekretär für Kirchenfragen), 7. Mittig (Generaloberst, Stellv. Minister MfS), 8. Kienberg (Generalleutnant, Leiter HA XX), 9. Bereich 1 der ZAIG (Materialien für den Minister und die Partei- und Staatsführung)<sup>34</sup>.

Das MfS hatte ganz offenkundig den erlebten „Überrumpelungseffekt“ durch die Initiative Sozialer Friedensdienst zum Anlaß genommen, späterhin mit deutlich höherem IM-Einsatz und schärferem Vorgehen auf Initiativen und

<sup>33</sup> z. B.: BStU ZAIG 3131 und BStU ZAIG 2143

<sup>34</sup> BStU MfS- ZAIG- 3143, Bl. 1

Aktionen zu reagieren, die in die DDR-Öffentlichkeit drangen und „Massencharakter“ entwickeln konnten. Dies zeigte sich zum ersten Mal im Winter 1981/82 im brachialen Vorgehen gegen die Träger des Aufnehmers „Schwerter zu Pflugscharen“, dem Signet der Friedensdekade der evangelischen Kirchen. Hier koordinierte das MfS durch entsprechende Weisungen die Reaktionen des Ministeriums des Innern, des Volksbildungsministeriums und des Staatssekretariates für Kirchenfragen gegen die Träger des Abzeichens, die kirchliche Jugendarbeit und die Kirchenleitungen (Dokument 7).

Die Anfang der 80er Jahre anwachsenden Aktivitäten der unabhängigen Friedensbewegung, die kontinuierliche Unterstützung der Kirchen für die Wehrdienstverweigerer und die sich wandelnde Motivation der Verweigerer<sup>35</sup> haben dazu beigetragen, daß ab 1983 eine große Zahl von Bausoldaten bereits zu Dienstantritt in Rastererfassungsbögen registriert wurden. Diese Maßnahme ist sicher auch zu betrachten im Zusammenhang mit den allgemein forcierten Aktivitäten des MfS gegen die eigene Bevölkerung seit Anfang der 80er Jahre (steigende IM-Anwerbungen, Umwandlung der gesellschaftlichen Mitarbeiter [GMS] des MfS in IM, Anliegen zentral geführter Operativvorgänge [ZOV]), welche bereits in verschiedenen Publikationen dargestellt worden sind<sup>36</sup>. Die Erfassungsbögen, welche in den einzelnen Abteilungen der Hauptabteilung I geführt wurden<sup>37</sup> und von denen bisher nur ein geringer Teil aufgefunden wurde, waren im gewissen Sinne Vorlaufakten, die dazu dienten, bei Bedarf (Eröffnung von OPK oder OV; sicher aber auch zur Gewinnung von IM) schnell über Grundinformationen aus den Heimat-Kreisdienststellen der Bausoldaten verfügen zu können. Solche Erfassungsbögen (Dokument 8) wurden nach vorliegenden Erkenntnissen generell angelegt, wenn der Bausoldat an seinem Heimatort im Umfeld einer OV-Person registriert war, aus kirchlichem Elternhaus kam, in kirchlicher Ausbildung/kirchlichem Beruf stand oder einen Antrag auf ständige Ausreise aus der DDR gestellt hatte. Die Erfassungsangaben wurde teilweise während der NVA-Dienstzeit ergänzt durch Angaben, welche der HA I durch Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) in den Baueinheiten zugänglich gemacht wurden.

<sup>35</sup> siehe hierzu auch Kapitel 6

<sup>36</sup> LENSKI, Katharina u. a. (Hrsg.): Die andere Geschichte. Domaschk-Archiv Jena 1993. Sowie: GILL, David/SCHRÖTER, Ulrich; Das Ministerium für Staatssicherheit - Anatomie des Mielke-Imperiums; Rowohlt Berlin 1991.

<sup>37</sup> Abteilungen der HA I waren: LaSK = Landstreitkräfte; LSK-LV = Luftstreitkräfte/Luftverteidigung; VM = Volksmarine; MB III und MB V = Stäbe und Kampfverbände der Militärbezirke, die im Ernstfall für einen Einmarsch in der Bundesrepublik vorgesehen waren; MfNV = Ministerium und nachgeordnete Einrichtungen wie Militärakademie

Im Bereich der Hauptabteilung I des MfS wurden auch alle Vorermittlungen, Ermittlungen und operativen Bearbeitungsvorgänge gegen Bausoldaten geführt. Diese fanden statistischen Niederschlag in der von der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der HA I jährlich erstellten „Zusammenfassenden quantitativen Übersicht zu politisch-operativ bedeutsamen Erscheinungen in den Haupttrichtungen der Abwehrarbeit sowie zur Entwicklung operativer Grundprozesse“<sup>38</sup>. Diese Übersichten sind bisher leider nur für die beiden letzten Berichtsjahrgänge des MfS, also 1987 und 1988, aufgefunden worden. Neben diversen Militärstraftaten nach dem DDR-Militärstrafgesetz (Fahnenflucht; Verbindungsaufnahme zu „NSA-Personen“ [= Personen aus dem „Nichtsozialistischen Ausland“], Waffen- und Munitionsdelikte u. a.) sind in den Übersichten auch die Rubriken „antisozialistische Auslassungen“, „politische Untergrundtätigkeit“ und „Wehrdienstverweigerungen in der Truppe“ aufgeführt, in denen die häufigsten Fälle der operativen Bearbeitung von Bausoldaten registriert wurden (Dokument 9).

Die Informationsgewinnung der HA I in den Baueinheiten erfolgte - wie im gesamten Bereich der Streitkräfte - durch

1. kontinuierlich angefertigte Stimmungsbilder der Truppe durch Vorgesetzte, welche als Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS tätig waren;
2. Auswertung von Informationen der Inoffiziellen Mitarbeiter unter den Bausoldaten;
3. Maßnahmen der MfS-Abteilungen M (Postüberwachung) und 26 A bzw. B (Telefonüberwachung und Abhören von Räumen).

Die so erlangten Erkenntnisse wurden durch die Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) der zuständigen Abteilung der HA I zugearbeitet und dort in die Vorgangsakten (OPK, OV) der überwachten Personen eingefügt. Bei Hinweisen auf „operativ bedeutsame Vorkommnisse“, aber auch bei besonderen Gelegenheiten wie anstehenden Wahlen oder z. B. dem Besuch des Verteidigungsministers Hoffmann bei der Baueinheit Prora im Juli 1984 wurden ganze Gruppen von Bausoldaten „rund um die Uhr“ elektroakustisch überwacht und die gewonnenen Tonbandaufzeichnungen akribisch protokolliert (Dokument 10).

Solche Tonbandaufzeichnungen waren jedoch immer nur ein zusätzliches Mittel, welches die IM-Berichte ergänzen und verifizieren sollte<sup>39</sup>. Zur Eröffnung von Operativmaßnahmen hatten IM-Berichte, welche auch atmo-

<sup>38</sup> BStU MfS 7902 und BStU MfS 7903

<sup>39</sup> siehe OV „Geheimbund“, BStU XV/III/3718/86; hierzu: Kapitel 4

sphärische Stimmungen sowie deren Einschätzung unter den observierten Personen wiedergaben, einen höheren Stellenwert als Erkenntnisse der Maßnahme 26.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die operativen Maßnahmen der HA I gegen Bausoldaten bzw. Wehrdienst- oder Befehlsverweigerer bei der Truppe in fünf Kategorien aufteilen lassen:

1. operative Bearbeitung einer Person mit dem Ziel, Informationen über dritte Personen/Gruppierungen/kirchliche Initiativen im zivilen Umfeld der Person zu erlangen;
2. operative Bearbeitung mit dem Ziel, die OPK- oder OV-Person „umzudrehen“, um eine Zusammenarbeit (IM) mit dem MfS als „Wiedergutmachung“ zu erreichen;
3. operative Bearbeitung in OPK oder OV während der Dienstzeit und anschließend mit dem Ziel der „Disziplinierung“ der OPK- oder OV-Person;
4. operative Bearbeitung mit dem Ziel, gegen die Person ein Militärstrafverfahren (Einweisung in die „Disziplinareinheit“ Schwedt) oder eine Anklageerhebung nach Strafgesetzbuch anwenden zu können;
5. operative Bearbeitung mit dem Ziel, die bearbeitete Person aus dem NVA-Dienst zu entlassen und der ständigen Ausreise in die Bundesrepublik stattzugeben (wurde ab Anfang 1988 gelegentlich bei Ausreiseantragstellem angewendet).

Schließlich wurde die HA I auch aktiv in der unmittelbaren Umsetzung militärpolitischer Direktiven des Verteidigungsrates der DDR sowie der SED, wie Unterlagen aus dem August 1989 belegen (Dokument 11). In diesem konkreten Fall geht es um die Erstellung von Unterlagen zur Informationsgewinnung hinsichtlich der Einberufung von Bausoldaten. Aus diesen Akten erfahren wir auch die interessante Erkenntnis, daß die ab Herbst 1989 (bis zum Jahr 1992) geplante verstärkte und häufigere Einberufung von Bausoldaten in bis dahin nicht gekannter Größenordnung auf eine unmittelbare Entscheidung des SED-Generalsekretärs Erich Honecker zurückgeht. Im Zusammenhang mit diesen Planungen ergeht durch den Leiter der HA I, Kienbaum, an die Leiter der Dienstseinheiten Abwehr in den Bezirksverwaltungen des MfS, folgende Weisung:

„Zur Gewährleistung einer zielgerichteten politisch-operativen Absicherung der Baueinheiten bitte ich entsprechend der DA 2/85 des Gen. Minister um Veranlassung, daß IM, Kontaktpersonen oder

andere operativ nutzbare Personen einberufen und für den Zeitraum des Wehrdienstes der HA I/Abt. MfNV/JA Pioniertruppen zur Zusammenarbeit übergeben werden. Die Übergabe sollte prinzipiell persönlich und vor der Einberufung erfolgen.“<sup>40</sup>

Die angefügten Rasterbögen zum Informationsbedarf lassen darauf schließen, daß das MfS beabsichtigte, Anfang der 90er Jahre die operative Bearbeitung von Bausoldaten immens auszuweiten und zu verstärken.

<sup>40</sup> BStU BV-Halle- AKG- 1123

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Hblage

Streng geheim!  
Um Rückgabe wird gebeten!

Verleiter

1. Fin

2. ~~FR/4~~ Berlin, dem 10. 11. 70

3. Sec. Seljorm ✓ 15 Blatt Anlage

4. vernichtet 3 Exemplar

5. Poppitz ✓

6. Fbl.

BStU  
000001

No. 1311 / 70

### INFORMATION

über

eine Zusammenkunft von ehemaligen Bausoldaten am 7. und 8. 11. 1970 in der Hauptstadt der DDR

Dem MfS wurde bekannt, daß am 7. und 8. 11. 1970 in der Hauptstadt der DDR im Gemeindesaal der Bartholomäusgemeinde (Baracke neben dem Haus der "Berliner Mission" in der Georgenkirchstraße 70) eine Zusammenkunft ehemaliger Bausoldaten stattfand.

Initiator dieser Zusammenkunft war der ehemalige Bausoldat [REDACTED] in Wursow  
wh.: 117 Berlin, [REDACTED]

der dabei von Vikar BERGER unterstützt wurde.

[REDACTED] ist seit längerer Zeit mit Vikar Christfried BERGER, Kreis Oranienburg, bekannt. BERGER, der früher selbst Bausoldat war, wird intern in Kirchenkreisen als Beauftragter für die kirchliche Tätigkeit unter Bausoldaten für das Kirchengebiet Oberspreewälder Land der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg bezeichnet.

Dokument 1: BStU MfS- ZAIG- 1874, Bl. 1-15

- 2 -

BStU  
000002

Mit Unterstützung von BERGER fertigte [REDACTED] in BERGERS Wohnung ca. 100 Einladungen an ehemalige und noch im Dienst befindliche Bausoldaten für die Zusammenkunft am 7./8. 11. 70. 10 dieser Einladungen verschickte Pfarrer BERGER an ihm bekannte ehemalige Bausoldaten, und ca. 90 Einladungen ließ [REDACTED] über die evangelischen Pfarrämter in den Orten, in denen Bausoldaten stationiert sind, an Bausoldaten weiterleiten.

In Zusammenhang mit der Arbeit der evangelischen Kirche in der DDR unter Bausoldaten wird auf folgende Entwicklung hingewiesen:

Am 4. 2. 1964 konstituierte sich während einer streng vertraulichen Sitzung leitender kirchlicher Personen ein sogenannter Arbeitskreis für Militärseelsorge für das Gebiet der DDR. Hauptinitiatoren waren

- Oberkirchenrat RINGHANDT, Berlin,
- Vikar Christfried BERGER, Kreis Oranienburg,
- Propst FLEISCHACK, Magdeburg,
- Pfarrer SCHICKETANZ, Magdeburg,
- Konsistorialrat PREISLER, Magdeburg,
- Prof. Dr. theol. Reinhold PIETZ, Berlin,
- Konsistorialrat STOLPE, Berlin.

Unter Leitung von Bischof KRUMMACHER, Greifswald, wurde von

- Oberkirchenrat RINGHANDT,
- Oberkirchenrat STOLPE,
- Propst FLEISCHACK,
- Vikar BERGER, Oranienburg

eine Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen "Zum Friedensdienst der Kirche" ausgearbeitet, die im November 1965 in allen evangelischen Landeskirchen im Gebiet der DDR verbreitet wurde.

- 3 -

BSU  
000003

In den folgenden Jahren traten außerdem als aktive Verfechter der Wehrdienstverweigerung im Rahmen leitender Gremien der evangelischen Kirche in Erscheinung:

- Oberkirchenrat BEHM, Landeskirche Berlin-Brandenburg,
- Oberkirchenrat Dr. WEBER, Greifswald,
  
- Pfarrer Günther HEIN, Berlin/Leiter des Jungmännerwerkes.

Aus den dem MfS vorliegenden internen Materialien geht hervor, daß sich die Tätigkeit dieser Personen und anderer leitender Kirchenvertreter darauf richtet, an den Stationierungsorten von NVA-Einheiten verantwortliche Mitarbeiter der kirchlichen Jugendeinrichtungen für die "Betreuung" der Armeesangehörigen einzusetzen. In den vergangenen Jahren wurden auch eine Reihe von Pfarrern und Jungpfarrern gewonnen, die diese Arbeit leisten. Sie nehmen die "Betreuung" besonders wahr durch

- Organisation von Zusammenkünften mit NVA-Angehörigen und Bausoldaten (Gottesdienste, Rüstzeiten, Wochenendseminare, Jugendstunden),
- Propagierung der Gottesdienste,
- Verbreitung der von der evangelischen Kirche 1965 veröffentlichten "Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen".

Bei ihrer Tätigkeit stützen sich die Pfarrer und Jungpfarrer auf besonders stark kirchlich gebundene Bausoldaten, die als aktive Verfechter des Wehrersatzdienstes bzw. der Wehrdienstverweigerung bekannt sind.

- 4 -

000004

Die Zusammenkunft von Bausoldaten am 7./8. 11. 1970 fand unter der Bezeichnung "Arbeitskreis für Friedensarbeit in der DDR" statt und behandelte die Probleme

- Persönliches Engagement,
- Soziales Engagement,
- Ökumenisches Engagement.

Von den ca. 100 eingeladenen Personen waren ca. 40 Teilnehmer erschienen.

Vom Initiator [REDACTED] waren außerdem eingeladen worden:

- ein Vertreter des ZK der SED,
- ein Vertreter der CDU,
- ein Vertreter der Christlichen Friedenskonferenz,
- ein Vertreter des Instituts für Internationale Beziehungen,
- der Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Oberkonsistorialrat STOLPE,
- Pastorin GRENGEL, Leiterin des Referates Friedensforschung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und Mitglied der Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz.

Von diesen eingeladenen Personen war lediglich die Pastorin GRENGEL erschienen. Oberkonsistorialrat STOLPE entschuldigte sich mit der Begründung, daß es ausreiche, wenn ein Vertreter des Bundes anwesend sei. Ein Sekretär von Gerald GÖTTING habe das Nichterscheinen eines Vertreters der CDU mit den Worten begründet, jede Tätigkeit in der DDR sei Friedensdienst, egal was.

(Soweit dem MfS intern bekannt wurde, soll bereits im September 1970 durch Bausoldaten Verbindung zum Sekretär des Friedensrates der DDR, Walter BREDENDIECK, und zum Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, Carl ORDUNG, hergestellt worden sein. Besonders Pfarrer Heiko LIBTZ, Güstrow, Mitglied der Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz, habe sich dafür eingesetzt,

- 5 -

000005

Carl ORDNUNG als Referenten für die Zusammenkunft der Bausoldaten zu gewinnen. ORDNUNG habe jedoch trotz anfänglicher Zustimmung abgesehen.)

Als Grund für die Durchführung eines Treffens der Bausoldaten wurde von verschiedenen Teilnehmern in individuellen Gesprächen angegeben, es sollte Klarheit darüber geschaffen werden, wie sich die Bausoldaten nach 18monatiger Dienstzeit nach der Entlassung gesellschaftlich engagieren können, da sie während ihrer Dienstzeit auf diese Frage keine Antwort bekommen hätten.

■■■■■ vertrat anderen Personen gegenüber die Meinung, die Zusammenkunft müsse durchgeführt werden, um sogenannte christliche Motive für eine geplante Friedensaktivität zu beschreiben.

In Zusammenhang mit den Motiven für die Durchführung der Zusammenkunft führte ■■■■■ weiterhin aus:

- In der NVA und in den Bau-Bataillonen in der DDR müsste eine Militärseelsorge ähnlich der in Westdeutschland durchgeführt werden. Das Nichterlauben von Militärseelsorge in der DDR sei "unhuman".
- Aktive Friedensarbeit sei in den in der DDR vorhandenen Friedensorganisationen - wie Friedensrat, Nationale Front - nicht möglich, da es sich dort um "tote Organisationen" handle.
- Mit Offizieren der NVA und der Bau-Bataillone könne man über Friedensanliegen nicht diskutieren.

Während der Zusammenkunft traten als Wortführer besonders auf:

- ■■■■■, ehemaliger Bausoldat aus Saßnitz,
- ■■■■■, ehemaliger Bausoldat aus Saßnitz,
- ■■■■■, ehemaliger Bausoldat aus Torgelow,
- ■■■■■, ehemaliger Bausoldat aus Torgelow.

- 6 -

000006

■■■■■ erklärte zu Beginn der Tagung einleitend u. a.:

Da sich unter den Bausoldaten ausschließlich christliche Bürger der DDR befänden, müsse innerhalb der Kirche eine "ideologische Aktionseinheit" gebildet werden.

In bezug auf den zu leistenden Friedensdienst bestünden zwei Grundsätze:

1. Mit einem zivilen Ersatzdienst, wie dies in Westdeutschland erfolge, sei noch kein Friedensdienst getan.
2. Ein bewusster Bausoldat könne unmittelbaren Friedensdienst leisten durch sein offenes Auftreten als Christ.

Im zwischenmenschlichen Bereich müsse Frieden geschaffen werden. Obwohl die Bibel sich dagegen wende, sei der Aggressionstrieb eine natürliche Veranlagung des Menschen. Die Verhaltensforscher würden aufzeigen, wie der Mensch den Aggressionstrieb abbauen könne. Jeder Mensch müsse sich stets die Frage stellen, ob er zu dem anderen Vertrauen habe und in jedem Fall die Wahrheit sagen könne.

Um Frieden im Staat zu haben, müsse eine "soziale Harmonie" vorhanden sein. Jeder sollte den Mut haben, zu gesellschaftlichen Problemen Stellung zu nehmen, auch zur Politik der DDR. In der Endkonsequenz müsse der Haß abgebaut werden.

Man müsse weiter Mut zur Kritik an der Regierung der DDR haben, da häufig die "Volksmeinung" keine Beachtung fände, insbesondere zu Problemen des Friedens zwischen beiden deutschen Staaten.

Im Dienst des Friedens könne man weder gerechte noch ungerechte Kriege befürworten, da die moderne Waffentechnik jedes Land in die Lage versetze, eine Aggression heraufzubeschwören. Konflikte dürften nicht mit Waffengewalt gelöst werden, sondern nur durch Verhandlungen. Allerdings gäbe es auch Konflikte, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden können, wie Vietnam.

█ gab bekannt, daß er von Vertretern staatlicher Organe aufgesucht worden sei, wobei Bedenken gegen die Durchführung dieser Tagung geäußert wurden. Es sei von staatlicher Stelle beanstandet worden, daß die Tagung nicht angemeldet wurde.

Die Pastorin GRENGEL setzte sich mit dem Begriff Friedensforschung auseinander und erklärte, daß man die westlichen Interpretationen dieses Begriffes sehr kritisch aufnehmen müßte. Nach ihrer Meinung ginge es bei diesem Problem überhaupt nicht um Forschung, sondern um praktische Friedensarbeit. Dabei sei die Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten unerlässlich.

Der Frieden sei unmittelbarer Bestandteil des Marxismus. Ausdruck der Friedensinitiative sei die Christliche Friedenskonferenz, in der sie sich fest engagiert habe.

Über die Aufgaben des Referates Friedensforschung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR machte die Pastorin GRENGEL folgende Ausführungen:

- Die Grundlage für dieses Referat sei von Bischof JÄNICKE, Magdeburg, gelegt worden, indem er Gespräche mit den ersten Bausoldaten organisierte. Diese kirchliche "Friedensforschung" sei vom Bund übernommen worden. Zur Zeit gäbe es in diesem Referat 1 1/2 hauptamtliche Mitarbeiter.  
(Von Teilnehmern wurde die Meinung vertreten, daß die Planstelle der Pastorin GRENGEL besser von einem ehemaligen Bausoldaten besetzt werden sollte, da dieser über größere Fachkenntnisse verfüge.)

Das Referat Friedensforschung befinde sich noch im Aufbau. Hauptaufgabe sei jetzt, eine umfassende Dokumentation aufzubauen in Form von Sichtlochkarten, auf denen alle Bausoldaten namentlich erfaßt werden.

Um diese Dokumentation so umfassend wie nur möglich zu gestalten, würden in der Hauptsache folgende Zeitungen durchgearbeitet werden:

"Militärtechnik",  
"Strategie",  
"Militärwesen und Technik".

Das Referat Friedensforschung beim Bund müsse diese Dokumentation allein aufbauen, da eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften und mit dem Institut für internationale Beziehungen nicht möglich sei.

- Bei jeder Landeskirche solle ein entsprechender Arbeitskreis gebildet werden, in dem die Bausoldaten mitarbeiten können. Dazu werde ein Konto eingerichtet, auf das auch Einschaltungen von Sympathisierenden, die noch zu gewinnen wären, erfolgen. Man sei sich allerdings noch nicht im klaren darüber, ob das Konto für das Referat Friedensforschung eingerichtet wird oder unter einer privaten Anschrift.
- Die genannte Dokumentation solle später publiziert werden durch Referate auf Tagungen und Pfarrkonventen, durch direkte Arbeit mit den Gemeindegruppen, in kirchlichen Hochschulen und Seminaren und solle fester Bestandteil der Pfarrerweiterbildung werden.

In weiteren Verlauf der Zusammenkunft wurde über die Zweckmäßigkeit der Schaffung einer eigenen Organisation für Bausoldaten diskutiert.

In der Diskussion dazu kam es zu folgenden Vorschlägen:

1. Man solle sich "privat" in anderen Organisationen als Gruppe treffen und brieflich in Kontakt bleiben.  
(Der Vorschlag wurde abgelehnt.)
2. Es solle eine eigene Bausoldatenorganisation in der DDR aufgebaut werden.

(Erläutert wurde, in welchen Territorien der DDR bereits Bausoldaten organisatorisch zusammengefaßt werden, und zwar

- im Bezirk Dresden unter Leitung von

Diese Bausoldatengruppe existiert als Arbeitskreis "Erziehung zum Frieden".

- im Bezirk Halle unter Leitung von

- im Bezirk Leipzig unter Leitung von

Der Vorschlag zur Schaffung einer eigenen Bausoldatenorganisation in der DDR wurde abgelehnt, da man sonst "im eigenen Haat schwören" würde.

3. Es solle in einer bereits bestehenden Organisation in der DDR mitgearbeitet werden, um offiziell als Bausoldat wirken zu können. Dies solle kein "Traditionsverband" werden; sie wollen für den Frieden arbeiten, weil sie sich als Bausoldaten bereits für den Frieden entschieden hätten.

unterbreitete den Vorschlag, sich in der Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz zu organisieren. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Das Mitglied der Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz, /Berlin, der telefonisch zur Tagung gebeten wurde und während einer Konferenzpause auch

erschien, erklärte in einer persönlichen Absprache mit und die Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz werde für die Bausoldaten offen gehalten. Da die Gesamtzahl jedoch sehr hoch sei, sollten sich die Bausoldaten in Regionalkreise zusammenschließen, und Vertreter der Regionalkreise sollen in der Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz mitarbeiten. Zur nächsten Zusammenkunft der Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz hat 3 Bausoldaten eingeladen. Bisher wurden und benannt.

Von den zur Tagung anwesenden Bausoldaten aus Berlin wurde ein Regionalkreis gebildet, der zunächst 8 Personen umfaßt.

Pfarrer HBIN berichtete in der Diskussion ausführlich vom "Beispiel" des Bausoldaten, der wegen Wehrdienstverweigerung in der DDR inhaftiert und auf Wunsch vom damaligen Landessuperintendenten MITZENHBIN vorzeitig aus der Haft entlassen worden sei. sei jedoch nach Westdeutschland geschickt worden, und man ließe ihn nicht in die DDR zurückkehren. Die Ehefrau des erhalte nicht die Genehmigung zur Ausreise in die Bundesrepublik..

Nach Abschluß der Diskussion wurde von den Teilnehmern der Zusammenkunft ein "Bericht über das Arbeitstreffen zur Förderung von Möglichkeiten für den Friedensdienst in der DDR" erarbeitet. Da keine Einigung über die endgültige Abfassung erzielt werden konnte, wurde vereinbart, den Bericht nach Abschluß der Tagung auszuformulieren.

Der Berichtsentwurf beinhaltet folgende Fragen:

1. Warum wurde die Tagung durchgeführt?

Die Bausoldaten wollen nach ihrer abgeleisteten Soldatenzeit ihren bisher gegangenen Weg überprüfen.

## 2. Zeit und Ort der Tagung

## 3. Wer war eingeladen, wer war gekommen?

Es wurde die Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, daß von den eingeladenen Personen nur die Pastorin GRENGEL vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR erschienen war.

## 4. Womit hat man sich beschäftigt?

Es wurde diskutiert über die Möglichkeiten des Friedensdienstes in der DDR.

## 5. Zielstellung:

Es soll eine effektive Zusammenarbeit zwischen den Bausoldaten erforscht werden. Dabei spielen folgende Probleme eine Rolle:

- zwischenmenschlicher Friede,
- sozialer Friede,
- internationaler Friede.

Jeder einzelne habe die Möglichkeit, seine Kinder zum Frieden zu erziehen, im Gegensatz zum Staat, der "militaristisch" erziehe.

Sie seien nicht Anhänger des Pazifismus. Ein Christ könne durchaus zur Waffe greifen, wenn er gegen Unrecht auftreten müsse.

Es gelte, den Haß unter den Menschen abzubauen. Dazu gäbe es Beispiele wie

- polnische "Gastarbeiter" in den Grenzgebieten an der Oder würden von der DDR-Bevölkerung schlecht behandelt werden;
- ein Bademeister in der Berliner Friedrichstraße habe 2 Negern den Eintritt in das Bad verwehrt mit der Begründung, daß sie das Bad beschmutzen würden.

## 6. Gedanken zu tagespolitischen Fragen:

Der Vertrag zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion sei optimistisch zu beurteilen. Der Vertrag sei Beweis dafür, daß man mit Verhandlungen weiterkommen könne.

Mit der Haltung der israelischen Regierung zum UNO-Beschluß seien die Bausoldaten nicht einverstanden, weil Israel keine Einigung zustandekommen lasse.

Sie wenden sich weiter gegen den Anschlag auf das sowjetische Ehrenmal in Westberlin.

Es wurde keine Einigung darüber erreicht, wer diesen Bericht unterschreibt. Der Vorschlag von Pfarrer LIRTZ, mit "Anhänger der Jugendarbeit in der Christlichen Friedenskonferenz" zu unterzeichnen, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß in diesem Gremium nur 2 - 3 Personen als junge Christen mitarbeiten können.

Ein weiterer Vorschlag zur Unterzeichnung als "Glieder des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR" wurde von der Pastorin GRENGEL abgelehnt. Sie erklärte, daß sie persönlich Wert darauf lege, nicht namentlich genannt zu werden.

■■■■ erklärte sich daraufhin bereit, bei Versand des Berichtes an die Teilnehmer des Treffens bzw. an "interessierte Personen" die Briefumschläge mit seinem Absender zu versehen. Hierbei äußerte, ihm wäre bewußt, daß er damit ein Risiko einginge.

Zum Abschluß der Zusammenkunft wurde erklärt, ein weiteres Treffen der Bausoldaten finde statt, sobald sich Carl ORDNUNG bereit fände, einen Vortrag über christlichen Friedensdienst in der DDR zu halten.

Dem MfS wurde intern bekannt, daß ■■■■ unter seinem Absender einige Tage nach der Zusammenkunft an verschiedene Personen einen "Bericht" über die "Arbeitstagung" der Bausoldaten durch die Post verschickte (besonders an Persönlichkeiten, die einer

- 13 -

000013

Einladung zur Teilnahme am Treffen nicht Folge leisteten, an Kirchenpersönlichkeiten und Teilnehmer des Treffens). Dieser Bericht - dabei handelt es sich um den überarbeiteten Entwurf des Berichtes der Arbeitstagung - wird als Anlage beigelegt.

Das Bestreben ehemaliger Bausoldaten, sich nach ihrer Entlassung möglichst fest zu organisieren und untereinander in Verbindung zu bleiben, zeigte sich in jüngster Vergangenheit auch an folgenden Erscheinungen:

Aus dem Bau-Pionier-Bataillon 7 Stralsund wurde am 31. 3. 70 ein Gesuch um Wehrdienstverlängerung an den Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann, gerichtet mit der Begründung, "ihr zukünftiges gesellschaftliches Engagement" sei bei ihnen noch nicht ausgereift. Nachdem sie die Antwort erhielten, daß es lediglich die Möglichkeit gibt, als Berufssoldat oder als Soldat auf Zeit zu dienen, richteten sie erneut ein Gesuch an Minister Hoffmann. Es wurde dargelegt, daß "eine Reihe" Bausoldaten beabsichtigten, ab 1. 10. 70 (4 Wochen vor Beendigung des Dienstes in der NVA) bis 15. 11. 1970 in einer Zuckerfabrik "geschlossen" Arbeit aufzunehmen. Die Zusage aus der Zuckerfabrik läge bereits vor. Die Arbeit in der Zuckerfabrik wollten sie als Wehrdienst gewertet wissen. Dieses Gesuch wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß ein vorzeitiges Beenden der Dienstzeit nicht möglich ist.

In der Folgezeit wurden in verschiedenen Einheiten von Bausoldaten Diskussionen in der Richtung geführt, sie müßten selbst "nach Wegen suchen, um Friedensdienst zu leisten und ein gesellschaftliches Engagement zu erreichen".

Nach ihrer Entlassung aus Baueinheiten verschiedener Standorte am 28. 10. 1970 fanden sich 13 Bausoldaten zusammen mit dem Ziel,

- 14 -

BStU  
000014

mindestens einen Monat lang eine gemeinsame Arbeit aufzunehmen. Sie arbeiteten daraufhin beim Bau der Autobahn in Schönerlinde bei Berlin und wohnten im Autobahn-Wohnlager Wandlitz. Von ihrem vollen Lohn wollten sie 40,-- M behalten und den Rest "für eine Sache" spenden. Mit den dort beschäftigten Arbeitern führten sie ständig Diskussionen im Sinne von Wehrdienstverweigerern, hätten jedoch nach eigenen Aussagen bei den dort Beschäftigten wenig Gehör gefunden.

(Teilnehmer dieses "Einsatzes" waren u. a.: [REDACTED]/Berlin, [REDACTED]/Neustrelitz, [REDACTED]/Penkuhn, [REDACTED]/Müncheberg, [REDACTED]/Boizenburg, [REDACTED]/Plau am See, [REDACTED]/Sonneberg.)

Im Hinblick auf die in der Information geschilderten Initiativen ehemaliger Bausoldaten wären unseres Erachtens folgende Maßnahmen zur Einschränkung des weiteren Vorgehens dieses Personenkreises angebracht:

- Es wäre zweckmäßig, wenn der Stabssekretär für Kirchenfragen mit dem Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof SCHÖNHERR, und mit dem Präses der Synode des Bundes, Bischof BRÄCKLEIN, ein Gespräch führt, in dem

- . geklärt wird, daß jegliche Einnischungsversuche seitens der evangelischen Kirche in die Belange der NVA unzulässig sind und zu unterbleiben haben,
- . die Initiatoren der Arbeit unter den Bausoldaten benannt werden mit dem Hinweis, deren Tätigkeit kirchlicherseits zu untersagen.

Es sollte veranlaßt werden, daß die evangelischen Kirchenleitungen aller Landeskirchen in der DDR von diesem Gespräch Kenntnis erhalten mit dem Hinweis, daß die Bildung der geplanten Kommission für Wehrdienstfragen zu unterbleiben habe.

- 15 -

 BStU  
 000015

- Um Spekulationen von Bausoldaten auf eine "legale Arbeit" und um Bestrebungen entgegenzutreten, Sammelpunkte von Bausoldaten zu schaffen, sollten die entsprechenden gesellschaftlichen Organisationen bzw. Parteien (Friedensrat, Nationale Front, CDU u. a.) von diesen Absichten informiert werden.
  - Mit dem Superintendenten BRIX sollte seitens des Magistrates von Groß-Berlin ein Gespräch geführt werden, in dem BRIX auf die Verletzung der Meldepflicht der Veranstaltung der ehemaligen Bausoldaten am 7./8. 11. 1970 hingewiesen wird. (BRIX ist für den Versammlungsraum, der von den ehemaligen Bausoldaten genutzt wurde, verantwortlich.) BRIX müßte erklärt werden, daß für derartige aussergewöhnliche Veranstaltungen in Zukunft kein kirchlicher Raum mehr zur Verfügung gestellt werden darf.
  - Es wäre evtl. die Möglichkeit zu prüfen, inwieweit die entlassenen Bausoldaten fest in die Tätigkeit der Reservistenkollektive einbezogen werden können.
- Unseres Erachtens wäre es auch zweckmäßig, wenn die Betriebe, in denen ehemalige Bausoldaten eine berufliche Tätigkeit aufnehmen, von den Wehrbezirkskommandos über die ehemalige Zugehörigkeit der betreffenden Personen zum Bau-Bataillon informiert werden, um eine positive gesellschaftliche Beeinflussung sicherstellen zu können.

Anlage  
 3 Blatt

KOPIE BStU

14. Januar 1980

5

 BStU  
 000004

38 80

Über die Erarbeitung einer sogenannten Arbeitshilfe zur seelsorgerischen Beratung von Wehrpflichtigen durch das Evangelische Jungmännerwerk in der DDR

Durch die Kommission Kirchliche Jugendarbeit beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR wurde im Oktober 1978 der Beschluß gefaßt, daß die "Mandreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen" aus dem Jahre 1965 von dem Evangelischen Jungmännerwerk in der DDR aus heutiger Sicht auf ihre Gültigkeit überarbeitet wird.

Bei der Mandreichung von 1965 handelt es sich um eine von ehemaligen Bischof JÄNICKE (Magdeburg) erarbeitete Schrift zur Anleitung der Arbeit mit wehrpflichtigen religiös gebundenen Jugendlichen.

Bereits mit dieser Schrift wurden Jugendliche gegen die aktive Wehrbereitschaft beeinflußt und die Friedenspolitik der DDR in Frage gestellt.

Es soll bei der Neufassung der Mandreichung insbesondere auch auf Probleme der Seelsorge an Jugendlichen unter 18 Jahren, in Anbetracht der Einführung des Unterrichtsfaches sozialistische Wehrerziehung an den POS, eingegangen werden.

Durch den Leiter des Evangelischen Jungmännerwerkes in der DDR Hilmar SCHMID (Berlin) wurde aus den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Friedensdienst des Evangelischen Jungmännerwerkes sowie Propst Dr. Heino FALCKE (Erfurt) und den Referenten für Friedensfragen beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Jochen GARSTECKI (Berlin) hierzu eine Arbeitsgruppe gebildet, die eine sogenannte Arbeitshilfe zur seelsorgerischen Beratung von Wehrpflichtigen 1979 erarbeitete.

Diese Arbeitshilfe wendet sich u. a. gegen die vormilitärische Ausbildung in der DDR. So zum Beispiel in der Feststellung:

"... daß infolge der Situation eines weltweiten Wettrüstens in vielen Gesellschaften eine Militarisierung immer weiterer Bereiche des öffentlichen Lebens stattgefunden hat und noch im Anwachsen begriffen ist.

In diesem Zusammenhang ist auch die schulische und außerschulische Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in wehrpolitisches und militärisches Denken zu sehen.

In der Einführung des Wehrunterrichtes für die Schüler der 9. und 10. Klassen der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschulen in der DDR hat diese Entwicklung ihren besonders sichtbaren Ausdruck gefunden." (Seite 3)

Dokument 2: BStU MfS- HA XX/4- 1182, Bl. 1-5

BSU  
000002 2

In einem speziellen Abschnitt (Seite 11-14) zur allgemeinen und schulischen Wehrerziehung wurden zu den bereits in der Handreichung von 1965 angeführten Feststellungen (als Fragen bezeichnet) Ergänzungen in Blick auf die schulische Wehrerziehung vorgenommen.

So wurden wiederholt die provokatorischen Ausführungen von 1965 aufgenommen und als heute noch gültig erklärt.

Zum Beispiel:

- "Die Erziehung der Angehörigen jeder abschreckungsfähigen Armee zur Bereitschaft des letzten Einsatzes - also auch des Lebens Einsatzes für das Letzte, also höchste Gut (in der DDR z. B. Schutz des sozialistischen Vaterlandes/Errungenschaften). Eine auf diese Weise um der Kampfkraft willen ideologische Armee fällt in den Anachronismus einer voratomaren Weltlage zurück, wobei das gesellschaftliche Bewusstsein in gefährlicher Weise hinter der Realität der Weltlage zurückbleibt."
- "Jede abschreckungsfähige Armee kann die Bereitschaft zum bedingungslosen Waffeneinsatz (Vernichtung des Gegners) bei den eigenen Angehörigen nur erzeugen, wenn sie den Gegner als gefährlichen Verbrecher beschreibt. Diese Erziehung zu einem Freund-Feind-Denken im Schwarz-Weiß-Klischee verhindert jedoch die Ausbildung menschlicher Fähigkeiten bei der Suche nach Konfliktlösungen und die Kompromißfähigkeit. Sie ist darum geeignet, junge Menschen von einem eigenen, engagierten Friedenshandeln abzuhalten."
- "Jede abschreckungsfähige, ideologisierte Armee bildet in Interesse der Kampfkraft eine Propagandasprache aus, welche die Vorbereitung auf den Krieg - der in Wahrheit Massenvernichtung bedeutet - den Angehörigen verdeckt und so ihr Gewissen gar nicht erst wach werden läßt. In dieser Sprache wird der militärischen Ausbildung immer ein sportlicher Reiz angedichtet und der technische Ehrgeiz junger Menschen angesprochen. Die HR 65 stellt fest, daß diese Sprachregelungen alle in der DDR veröffentlichten Publikationen durchziehen."

In Anbetracht der Einführung des Wehrunterrichtes wird dazu in der "Arbeitshilfe 1979" ergänzt:

- "... Verharmlosung des Krieges ist mit einer Gewöhnung der jungen Generation an dessen Gefahr verbunden und wird mitunter durch die Romantisierung kriegerischer Kampfhandlungen ergänzt."
- "Durch die Herstellung, den Verkauf und die Verbreitung von Kriegsspielzeug wird Kindern und Jugendlichen die Auffassung nahe gebracht, daß der Krieg und die militärische Auseinandersetzung etwas Normales ... seien."

BSU  
000003 3

- "In der Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu künftiger Wehrbereitschaft wird durch Begeisterungsfähigkeit für Technik und Abenteuer voll genutzt."

In bezug auf die schulische Wehrerziehung wird die Frage aufgeworfen, welchen Sinn sie haben soll. Jugendliche seien noch nicht in der Lage, Entscheidungen zur Anwendung von Waffengewalt zu treffen.

Größeren Raum wird in der vorliegenden "Arbeitshilfe" dem Dienst in der NVA als Beusoldat bzw. den Wehrdienstverweigerern gewidmet.

In dem Abschnitt "Aufgaben der Kirche" (Seite 17) heißt es dazu, daß folgende Bemühungen gegenwärtig den Vorrang haben: (zum Beispiel)

- "die Aufgabe, alles Soldatische zu 'entzubern' und der Faszination durch die Militärtechnik entgegenzuarbeiten."
- "die Aufgabe, der Oberbewertung solcher Begriffe wie 'Vaterland', 'Errungenschaften', 'Traditionen' entgegenzuwirken."

Zur persönlichen Entscheidung des Christen zur Wehrbereitschaft heißt es:

"Neben dem bewußt verantworteten Dienst mit der Waffe mit dem Ziel, einen Krieg zu verhindern, gibt es andere Entscheidungen:

- Verweigerung jeglichen Waffendienstes durch Wehrpflichtige;
- Verweigerung vorläufiger Ausbildung durch Schüler und Lehrlinge, bzw. durch deren Eltern;
- Verweigerung des Wehrunterrichtes durch Jugendliche und deren Eltern.

Die Kirchen und ihre Glieder müssen wissen, daß solche, in persönlicher Verantwortung getroffene Entscheidungen Friedenszeugnisse der Gesamtkirche sein wollen." (Seite 18)

In der Seelsorge an Wehrpflichtigen soll diesen eine Reihe von Fragen gestellt werden, ob ihre persönliche Entscheidung zur Wehrbereitschaft bewußt ist und nicht in Widerspruch zu einem christlichen Friedenszeugnis steht.

Die dazu in der "Arbeitshilfe" angeführten Fragen laufen darauf hinaus, religiös gebundene Jugendliche politisch negativ zur Wehrbereitschaft zu beeinflussen bzw. zu verunsichern.

Im Dezember 1979 befaßte sich die Kommission kirchliche Jugendarbeit beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR mit dieser sogenannten Arbeitshilfe. Dabei wurde festgestellt, daß diese noch nicht den Vorstellungen der Kommission entspricht und nochmals überarbeitet werden soll. Bei dieser Überarbeitung soll es sich um stilistische Änderungen handeln.

BStU  
000004

4

Die vorhandenen Exemplare der "Arbeitshilfe" wurden mit dem Hinweis an die zuständigen kirchlichen Mitarbeiter in den Landeskirchen weitergeleitet: "Nur zum persönlichen Gebrauch und noch nicht zur Weitergabe bestimmt".

Die Information ist wegen Quellengefährdung nicht offiziell auswertbar.

Quelle: IMV "Warth" (HA XX/4)  
IMV "Udo Ebert" (BV Suhl)  
IMV "Johannes" (BV Frankfurt/O)

Verteiler:  
Generalmajor Kienberg  
Oberst Ludwig  
HA XX/AIG  
HA XX/4

BStU  
000005

an Jfo 38/80  
14. 1. 80

Von der HA XX/4 werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Durch IM in Schlüsselpositionen "Sekretär", "Krone", "Warth", "Brunhilda", Vorlauf "Meister und Vorlauf "Adel" wird Einfluß darauf genommen, daß diese "Arbeitshilfe" nicht verbreitet und verwandt wird.
2. In Absprache mit der Abteilung 26 werden durch die laufende Maßnahme B weitere Hinweise über die Handhabung sowie weitere Überarbeitung der "Arbeitshilfe" erarbeitet.
3. Durch die IMV "Udo Ebert" der BV Suhl und "Johannes" der BV Frankfurt/O wird Einfluß genommen, daß diese "Arbeitshilfe" nicht verwendet und verbreitet wird. Von diesen IM werden Informationen über die weitere Überarbeitung des Materials gesichert.
4. Durch die BV Leipzig wird das bevorstehende Zentraltreffen ehemaliger Bausoldaten/Wehrdienstverweigerer im März 1980 in Leipzig unter operativer Kontrolle gehalten und dokumentiert. Das Referat soll bei diesem Treffen durch den Mitautor der "Arbeitshilfe" Propst Dr. FALCKE (Erfurt) zum Thema "Neue Lebensstile, die etwas für einen gerechten Frieden beitragen" gehalten werden.
5. Bei Verbreitung dieser "Arbeitshilfe" durch das Evangelische Jungmännerwerk wird eine entsprechende Dokumentation erarbeitet, auf deren Grundlage der Staatssekretär für Kirchenfragen eine offizielle Aussprache mit leitenden Mitarbeitern der Konferenz der Kirchenleitungen vornehmen wird.

Über die HA XX/AIG wird das Institut für Politik und Wirtschaft beauftragt, diese "Handreichung" politisch zu analysieren und ein Gutachten zu erarbeiten. Der Schwerpunkt wird auf politische Zielsetzung, antikommunistische Hetze und Verleumdungen gelegt.

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

001235

Berlin, den 3. Juni 1981

Streng geheim!  
Um Rückgabe wird gebeten!

Nr. 284 / 81

3 Blatt  
4 \* Anlage  
8 Exemplar

BSStU  
000001

**INFORMATION**  
über

politisch-negative Aktivitäten durch Mitglieder des sogen. Arbeitskreises "Erziehung zum Frieden" der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Dresden zum Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht

Streng intern wurde bekannt, daß ca. 9 Mitglieder des sogen. Arbeitskreises "Erziehung zum Frieden" der ESG Dresden ein schriftliches Material - eine "Initiative: Sozialer Friedensdienst" - erarbeitet haben, das die Forderung nach einer Veränderung des allgemeinen Wehrpflichtgesetzes erhebt. Es wird gefordert, an Stelle des Wehrdienstes einen sog. sozialen Friedensdienst durchführen zu können.

Nach Vorstellungen der Verfasser sollte das Papier in allen Evangelischen Studentengemeinden der DDR sowie in weiteren kirchlichen Gremien beraten werden mit dem Ziel, eine möglichst breit diskutierte Vorlage der Volkskammer der DDR zur Beschlußfassung vorzulegen.

Dokument 3: BSStU MfS- ZAIG- 3131, Bl. 1-3

2

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

BSStU  
000002

Initiator ist nach bisherigen Feststellungen der als politisch-negativ bekannte evangelische Pfarrer

WONNEBERGER, Christoph (37)  
Wohn.: Dresden, Plaunscher Ring 3  
Ev.-Luth. Weinbergkirche in Dresden

Weiteren streng vertraulichen Hinweisen zufolge wurde von Wonneberger Ende Mai 1981 an 10 kirchliche Einrichtungen bzw. Pfarrer im Bezirk Dresden dieses Material versandt mit der Aufforderung, Abschriften zu fertigen, es weiter zu verbreiten und in Gemeinde- und Freundeskreisen darüber zu diskutieren.

In dem Material wurden Vorstellungen entwickelt, wonach "als gleichberechtigte Alternative zu Wehrdienst und Wehrersatzdienst ein sozialer Friedensdienst (SoFd) eingerichtet" werden soll.

Nach den Vorstellungen des Verfassers ist beabsichtigt, daß der sogenannte SoFd-Leistende

- zu einer 24monatigen Dienstzeit verpflichtet wird,
- eine Grundausbildung in Erster Hilfe und Katastrophenschutz erhält,
- politischen Unterricht zu den Schwerpunkten Friedenssicherung, Abrüstung und gewaltfreie Konfliktbewältigung erhält,
- an sozialen Schwerpunkten wie Heimbetreuung (z. B. Altersheime, Kinderheime usw.), Krankenhaus-Hilfedienst und Sozialfürsorge (Suchtkranke, Jugendhilfe u. a.) zum Einsatz kommt.

3

BSU  
000603

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

Im Ergebnis der beabsichtigten Diskussion sollen die Empfänger der Materialien bis zum 1. 9. 1981 (Weltfriedenstag) an die örtlichen Synoden eine Stellungnahme abgeben.

In der Anlage wird das von Wonneberger erarbeitete schriftliche Material in Wortlaut beigelegt.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

KOPIE BSU

600379

FS 613

Flugzeug

Ministerium für Staatssicherheit, HA XX, Leiter XX/4  
 alle BV f. Staatssicherheit, Abt. XX - Leiter einschließlich OV "W" KM-Stadt  
 und KD Görlitz

Berlin 25. 6. 1981

Politisch-negative Aktivitäten zum Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht in der DDR durch kirchliche Personenkreise

Intern wurde bekannt, daß von Mitgliedern sog. Arbeitskreise Erziehung zum Frieden der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) Dresden und Magdeburg politisch-negative Aktivitäten zum Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht in der DDR ausgehen.

Zu diesem Zweck wurde ein sog. Gesetzentwurf für die Wehrpflicht erarbeitet, der die Forderung enthält, anstelle der Ableistung des Wehrdienstes, bzw. Wehersatzdienstes einen sog. sozialen Friedensdienst (SoFD) durchführen zu können.

Die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser Aktivitäten von den Initiatoren beabsichtigt, im Zusammenhang damit bis zum 1. September 1981 (Weltfriedenstag) Unterschriften und Stellungnahmen kirchlicher evangelischer Kirchen in der DDR zu diesem Entwurf zu erhalten. Der Erfolg dieser Aktion ist eine Vorlage für die Volkskammer der DDR zur Gesetzesfassung vorgesehen.

Diese Aktivitäten sind im Zusammenhang mit einem im März 1981 verfaßten Brief des Arbeitskreises "Erziehung zum Frieden" der ESG Rostock, der dem Vorsitzenden des Staatsrates zugestellt werden sollte, jedoch von Bischof R a t h k e bisher zurückgehalten wurde, zur Infragestellung der Friedensproblematik der DDR und desozialistischen Wehrziehung zu sehen.

Nach bisher vorliegenden Informationen werden kirchliche Veranstaltungen bereits zur Auswertung dieses "Gesetzentwurfes" genutzt und es muß mit weiteren Öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten gerechnet werden. Der Gesetzentwurf wurde z.B. zu kirchlichen Veranstaltungen in Görlitz und Schwerin zur Unterschriftsammlung öffentlich ausgelegt.

Im Zusammenhang damit sind folgende politisch-operative Maßnahmen erforderlich:

1. Durch den Einsatz zuverlässiger und qualifizierter IM sind Pläne und Absichten und bereits erfolgte Aktivitäten (z.B. Unterschriften) kirchlicher Personenkreise im Zusammenhang mit dem sog. Gesetzentwurf in Erfahrung zu bringen und Einfluß darauf zu nehmen, diese politisch-negativen Aktivitäten zurückzudrängen.
2. Bis 29. 6. 1981, 10.00 Uhr, sind dem Leiter der HA XX fernschriftlich aus Ihrem Verantwortungsbereich diesbezüglich Hinweise mitzuteilen.

Kienberg  
Generalmajor

1.2.13

KOPIE BSU

Hauptabteilung XX  
Streng geheim

Berlin, den 30. Juni 1981

gef. 5 Exemplare  
A Exemplar

BStU  
000064

XX/14768/1  
St/235167  
24.12.

**Information**

Politisch-negative pazifistische Aktivitäten im Bereich der kirchlichen Jugendarbeit in der DDR mit der Forderung der Einführung eines "Sozialen Friedensdienstes" durch Volkskammerbeschluss in Ergänzung zum Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Verbreitung pazifistischer Gedankengutes, insbesondere seit der sogenannten kirchlichen gesamtdeutschen Friedensdekade im November 1980 unter dem Motto "Frieden schaffen ohne Waffen", wurde intern bekannt, daß von politisch-negativen Kräften der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens ausgehende Aktivitäten zur Erzielung einer größeren Massenwirksamkeit unternommen werden.

Bereits im Oktober 1980 soll Pfarrer WONNEBERGER (Pfarrer der Weinbergskirche in Dresden / OPK - KD Dresden-Stadt) in Absprache mit den Landesjugendpfarrer BRETSCHEIDER (OPK - BV Dresden, Abteilung XX) mit der Erarbeitung eines Papiers für die Volkskammer der DDR zur Forderung eines "Sozialen Friedensdienstes" als Alternative zum Wehr- und Wehersatzdienst begonnen haben. Von der unter Leitung von Pfarrer WONNEBERGER gebildeten Initiativgruppe "Sozialer Friedensdienst" wurde nach bisherigen Erkenntnissen zu dem erarbeiteten Papier (siehe Anlage) festgelegt, dieses an einen Volkskammerabgeordneten zu verschicken, um zu testen, wie staatliche Organe darauf reagieren. Am 18. April 1981 wurde mit einem Anschreiben versehen dieses Papier von Pfarrer WONNEBERGER an den Volkskammerabgeordneten Dr. MÖLLER (NDPD/Dresden) abgeschickt und von diesem dem Rat der Stadt Dresden, Abteilung Inneres, übergeben. Eine Beantwortung der Eingabe erfolgte nicht.

Intern wurde ferner bekannt, daß parallel zu den Aktivitäten im April 1981 die Hausoldaten an der Militärschule "Friedrich Engels" in Dresden ein Schriftstück an alle Bischöfe der Landeskirchen und Freikirchen sowie an die Bischöfe der katholischen Kirchen in der DDR schickten, wo u.a. auch die Forderung nach einem "Sozialen Friedensdienst" erhoben wird.

Am 9.5.1981 erfolgte eine erneute Beratung des Initiativkreises um Pfarrer WONNEBERGER. Dabei wurde die vorläufige Endfassung des Papiers festgelegt und vermutlich auch die Verbreitung im innerkirchlichen Raum beschlossen.

Dokument 5: BStU MfS- HA XX/4 - 4768/81, Bl. 64-69

000065

2

Das Papier wurde von Pfarrer WONNEBERGER (Weinbergskirche/Dresden), Superintendent Dr. WETZEL (Dresden) und Pfarrer BORKHARD (vermutlich ehemaliger Jugendpfarrer an der Weinbergskirche in Dresden/jetzt Pfaffroda/Karl-Marx-Stadt) unterzeichnet und in der Landeskirche Sachsens verbreitet. Intern wurde bekannt, daß über die Verbreitung dieses Papiers besonders auch Aktivitäten der sogenannten Arbeitskreise "Erziehung zum Frieden" der Evangelischen Studentengemeinden Dresden und Magdeburg entwickelt wurden. Durch die Evangelische Studentengemeinde Dresden wurde das Papier an alle Evangelischen Studentengemeinden in der DDR mit dem Aufruf versandt, daß alle, die den Frieden lieben, ihre Meinung oder Zustimmung dazu in den für sie zuständigen Kirchenkreis abgeben. In Arbeitskreis "Erziehung zum Frieden" der Evangelischen Studentengemeinde Magdeburg fand auf Initiative des [REDACTED] (Student an der TH Magdeburg / OPK - BV Magdeburg, Abt. XX) am 2.6.81 eine Beratung zu dem Dresdener Papier statt. Dabei wurde festgelegt, daß das Papier in der Evangelischen Studentengemeinde Magdeburg (nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch) zur Meinungsbildung für alle ausgehen soll. [REDACTED] will sich auf der Grundlage dieses Papiers im Namen des Arbeitskreises schriftlich an die Synode der Kirchenprovinz Sachsen wenden. Er forderte auf, allen, die an dem "Sozialen Friedensdienst" interessiert sind, nahe zu legen, sich in Briefen an die Kirchenleitungen zu wenden, um diesen damit eine breite Massenbewegung zu demonstrieren.

Intern wurde bekannt, daß in Rahmen der 6. "Werkstatt-Tage" der Jungen Gemeinde in Halle und Halle-Neustadt am 20.6.1981 eine Informationsrunde mit Vertretern der Initiative "Sozialer Friedensdienst" aus Dresden (nicht identifiziert) stattfand. Die Vertreter informierten die ca. 500 Teilnehmer über das Anliegen ihrer Aktion. Es sei vorgesehen, bis zum 1.9.1981 (Weltfriedenstag) eine umfassende Unterschriftensammlung dazu zu organisieren. In Rahmen dieser Unterschriftensammlung soll mit einer Beteiligung von ca. 300 000 Personen gerechnet werden. Es soll geplant sein, unter Einbeziehung kirchlicher Publikationsorgane das Aktionsprogramm mit Unterschriften dem Ministerrat der DDR, der Volkskammer und dem zuständigen UNO-Ausschuß zu übergeben. Während der Veranstaltung wurden Listen zur Unterschriftensammlung ausgelegt, wovon der größte Teil der ca. 500 Anwesenden Gebrauch machte. Zu dem als politisch-negativ bekannten Diakon ROCHAU (Halle-Neustadt / DV, BV Halle, Abt. XX) wurde inoffiziell bekannt, daß dieser das Dresdener Papier zu ca. 800 Exemplaren vervielfältigte und u.a. zu den "Werkstatt-Tagen" in Halle-Neustadt verteilt haben soll.

Innerhalb der "Feier zur Johanniskirche" am 24.6.1981 in der Offenbarungskirche Berlin-Friedrichshain mit ca. 500 Jugendlichen wurde in einer Arbeitsgruppe mit ca. 50 Personen ein Poster mit folgendem Text zur Diskussion gestellt: "Sozialer Friedensdienst - Rüstung in Ost und West verhindert, daß Kranken und Behinderten ausreichend geholfen werden kann."

00006

3

Wir fordern die Volkskammer auf, ein Gesetz über den 'Sozialen Friedensdienst' zu beschließen, als Alternative zum Wehrdienst mit gleichen Rechten und Pflichten wie für Wehrpflichtige." Dazu war das Symbol der "Friedensdekade 1980" (Schwerter zu Pflugscharen) abgebildet. Jugendliche, die Interesse für dieses Poster zeigten, konnten ihre Adresse hinterlassen. Eine Vervielfältigung oder Unterschriftensammlung dazu wurde bisher nicht bekannt.

Während des Landesjugendsonntages der Landeskirche Mecklenburg vom 20.-21.6.1981 in Güstrow trat ein neugebildeter Initiativkreis "Sozialer Friedensdienst" unter Leitung von Pfarrer LIETZ (Güstrow / OV, BV Schwerin, Abt. XX) und Pfarrer NATH (Brinkmannsdorf/Rostock) auf. Durch diese Initiativgruppe wurde auf einen Ausstellungsstand zu Fragen der Abrüstung des Dresdener Papier ausgelegt. Sie forderte die Teilnehmer des Landesjugendsonntages auf, bis zum 1.9.1981 sich an die Landeskirchen bzw. deren Synoden zu wenden, um die in dem Papier geforderten Punkte als Vorschläge zur Veränderung des Wehrpflichtgesetzes zu unterstützen.

In einer offenen Diskussionsrunde mit 11 Jugendlichen bei Pfarrer LIETZ wurden durch einen Dresdener Teilnehmer (namentlich nicht bekannt) vervielfältigte Abzüge des sogenannten Initiativpapiers verteilt. Durch LIETZ wurde dabei betont, daß man mehr Initiativen entwickeln mußte, um eine Massenwirksamkeit zu erreichen.

Während des evangelischen Kirchentages in Görlitz vom 19.-21. Juni 1981 wurden in der Arbeitsgruppe 1 zum Thema "Wie fängt der Frieden an?" an die anwesenden 100 Teilnehmer ebenfalls vervielfältigte Exemplare dieses Papiers verteilt. Dazu wurde aufgefordert, Abschriften zu fertigen und weiter zu verteilen. Der Initiator wurde bisher nicht bekannt.

Am 27.6.1981 führte die Junge Gemeinde in Jena/Stadt-Mitte eine sogenannte Werkattveranstaltung durch, an der ca. 400 Jugendliche aus Jena, Berlin, Halle, Zeitz, Leipzig, Dresden, Eisenach, Gotha, Weimar, Apolda, Erfurt, Saalfeld, Rudolstadt und Eisenberg teilnahmen. Zu den Dresdener Papier wurde kurzfristig eine Arbeitsgruppe "Sozialer Friedensdienst" unter Leitung des ESG-Mitgliedes (Evangelische Studentengemeinde Jena) [REDACTED] (Feinmechaniker/OV, BV Gera, Abt. XX) gebildet.

Dazu wurde bekannt, daß das Dresdener Papier vom sogenannten Friedensseminar in Königswalde (Bezirk Karl-Marx-Stadt) ebenfalls an die Synode der Landeskirche Sachsens geschickt werden soll. In der gebildeten Arbeitsgruppe beschäftigten sich ca. 70 Personen mit diesem Papier. Dabei wurde geäußert, daß die Volkskammer durch die entwickelte Masseninitiative unter Druck gesetzt werden soll.

Zu dem von der Initiativgruppe Dresden entwickelten Papier wurden zusätzlich folgende Forderungen erhoben:

- Keine kasernierte Unterbringung der "Sozialen Friedensdienst"-Leistenden;
- Keine Ausbildung in Zivilverteidigung und Katastrophenschutz;

00007

4

- Keine Eingliederung in das Deutsche Rote Kreuz, da es uniformiert ist;
- Keine Vorgesetzten (Offiziere);
- Einräumen der Möglichkeit des Ablegens einer Facharbeiterprüfung in sozialen oder pflegerischen Bereich.

Nach Auffassung der Anwesenden sollten aus taktischen Gründen möglichst viele Forderungen gestellt werden, um damit wenigstens einige Zugeständnisse zu erreichen. Durch [REDACTED] (Junge Gemeinde - Jens) wurden diese zusätzlichen Forderungen aufgeschrieben sowie der Text des Dresdener Papiers mit Schreibmaschine vervielfältigt und während des Werkattgottesdienstes verteilt.

Bei der Synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR vom 25.-28.6.1981 in Gera-Lusan wurde die Problematik des "Sozialen Friedensdienstes" in den Bericht von Bischof RATHKE (Schwerin) erwähnt. Dabei hob RATHKE den Pazifismus als eine notwendige Form des Friedenskampfes hervor und erklärte, daß es bedeutend sei, wenn in Ost und West das Wort Pazifismus manchmal schon wie ein Schimpfwort gebraucht werde. Des Weiteren forderte er die Synodalen auf, für junge Menschen, die statt des Dienstes in der Armee in sozialen Einrichtungen arbeiten wollen, in denen freiwillige Mitarbeit dringend gebraucht werde, Verständnis zu finden und Möglichkeiten zu suchen.

Der Synodale Pfarrer TAETOW (Güstrow) forderte die Synode auf, den Vorschlag von Bischof RATHKE zum "Sozialen Friedensdienst" aufzugreifen und einen "Vorstoß" zu unternehmen.

Der Mitunterzeichner des Initiativpapiers, Superintendent Dr. WETZEL (Dresden), warnte davor, den "Sozialen Friedensdienst" als eine alternative Flucht aus dem Armeedienst in die soziale Sphäre zu sehen. Diese Initiative solle nach seinen Aussagen keine Massenaktion und Gegenkampagne gegen den Wehrdienst darstellen, sondern nur für die Minderheit bestimmt sein, die durch ihre geistige Haltung auch gewillt ist, alle Konsequenzen zu tragen (2 Jahre Dienstzeit, Kasernierung, Lohn entsprechend der Armeebesoldung).

Bischof HEMPEL (Dresden) äußerte in diesem Zusammenhang, daß man auch die Christen, die in der NVA dienen, nicht vergessen und verunsichern dürfe und warnte vor Illusionen.

Bei einer Zusammenkunft des sogenannten großen Mittwochkreises am 24.6.81 der evangelischen Jugendarbeit Leipzig wurden durch die Mitarbeiterin des "Leiterkreises", [REDACTED], 12 Exemplare des Papiers zum "Sozialen Friedensdienst" an die Teilnehmer verteilt. Die [REDACTED] hatte die Papiere vom Kirchentag in Görlitz mitgebracht und forderte dazu auf, mit möglichst vielen Personen darüber zu diskutieren, Unterschriften zu dessen Befürwortung zu sammeln und bis zum 1.9.81 an die Kirchenleitung bzw. die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens zu schicken.

BStU  
000068

5

Das Anliegen und die Verbreitung des Inhalts wurde vom Teilnehmerkreis zustimmend aufgenommen.

Während der Durchführung des Landesjugendsonntages der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg am 28.6.1981 in Potsdam-Hermannswerder mit ca. 3800 jugendlichen Teilnehmern spielte das Initiativpapier "Sozialer Friedensdienst" nur als Randererscheinung eine Rolle.

In einer textlich veränderten und verkürzten Form war das Papier an einen Baum angebracht und Interessenten konnten dort ihre Anschrift zur Übersendung des Papiers angeben. Es erfolgten keine Aufrufe, Hinweise oder Unterschriftensammlungen, die als zielgerichtete Aktion im Rahmen des Landesjugendsonntages lagen.

Am 24.6.1981 wurde das Dresdener Papier während einer Zusammenkunft von 10 Personen des Studentenkreises in Apolda (gehört zur Evangelischen Studentengemeinde Erfurt) verbreitet. Eine Unterschriftensammlung dazu erfolgte nicht.

Zusammenfassend muß eingestuft werden, daß die Aktivitäten der Initiativgruppe, Pfarrer WONEBERGER, Superintendent Dr. WETZEL und Pfarrer BURKHARD in dieser Form breitenwirksam geworden sind, daß in fast allen Bezirken der DDR bzw. den Landeskirchen die textliche Fassung des sogenannten Alternativ-Vorschlages zum Wehr- und Wehersatzdienst verbreitet und zur Diskussion gestellt wurde.

Die Aufforderung zur Sammlung von 300 000 Unterschriften bis zum 1.9.1981 (Weltfriedenstag), die beabsichtigte Sanktionierung durch die Herbstsynoden in den jeweiligen Landeskirchen und die Absicht, mit diesem gesetzverändernden Vorschlag an die UNO und Volkammer heranzutreten, ist in die negativ-feindlichen Aktivitäten kirchlicher Kräfte gegen das Wehrdienstgesetz der DDR einzuordnen.

Die Information ist nicht offiziell auswertbar.

Anlage:

Initiativpapier "Sozialer Friedensdienst"

BStU  
000069

Es wird vorgeschlagen:

1. Vorlage der Information an die HA IX zur Einschätzung der Rechtmäßigkeit der Konzipierung der Verbreitung und der Sammlung von Unterschriften zu dem sogenannten Dresdener Papier. Beurteilung dieser sogenannten vorgesehenen Gesetzesveränderung in Bezug auf die Verfassung der DDR und das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht.
2. Erarbeitung einer Rücklaufinformation auf der Grundlage der Einschätzung der HA IX an die Bezirksverwaltungen mit Vorschlägen zur Argumentation für Gespräche zwischen dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen GYSI, und Bischof SCHÜNHERR sowie den Abteilungen Inneres der Räte der Bezirke mit kirchenleitenden Kräften zur Unterbindung von Unterschriftensammlungen und Fortsetzung weiterer Aktivitäten.
3. In Koordinierung mit den Bezirksverwaltungen sind differenzierte Maßnahmen zur Aufklärung der Zusammenhänge, Initiatoren, Organisatoren und Zerschlagung von Aktionen einzuleiten.
  - Einsatz von IM in Schlüsselpositionen zur Zurückdrängung des Einflusses und der Massenwirksamkeit des sogenannten Dresdener Papiers.
  - Einsatz von IM zur Erfassung und Bearbeitung der Hintermänner und Organisatoren;
  - Einflußnahme auf leitende Kräfte des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und den Kirchenleitungen der Landeskirchen.
  - Es ist zu verhindern, daß das sogenannte Dresdener Papier Beratungsgegenstand der Herbstsynoden und anderer kirchlicher Veranstaltungen wird.
4. Durch spezifische IM ist zu verhindern, daß das sogenannte Dresdener Papier inhaltlich durch kirchliche Massenmedien publiziert wird.

1. Exemplar Genosse Generalleutnant Mittag
2. Exemplar ZAIG
3. Exemplar HA IX

000004							
<b>MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT</b>							
001252							
Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!	<p>1. HM 2. Hoff/Stral 3. Ver 4. Ben 5. Gysi 6. Mihig 7. MA xx, Ltr. 8. Pfr. 1 9. All.</p> <p>Berlin, den <b>7. Juli 1981</b></p> <table style="margin-left: auto;"> <tr><td>7</td><td>Blatt</td></tr> <tr><td>3</td><td>"</td></tr> <tr><td>9</td><td>Exemplar</td></tr> </table> <p>Nr. 346 / 81</p> <p style="text-align: center;"><b>INFORMATION</b></p> <p style="text-align: center;">über</p> <p>weitere Aktivitäten evangelischer kirchlicher Kreise zur Einrichtung eines "Sozialen Friedensdienstes" als Alternative zum Wehr- und Wehrersatzdienst</p> <p>Ergänzend zur Information Nr. 284/81 vom 3. Juni 1981 wurde intern bekannt, daß in den letzten zwei bis drei Wochen von politisch-negativen Kräften der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens ausgehende Bestrebungen, mit einer "Alternative" zum Wehr- und Wehrersatzdienst wirksam zu werden, von Stadium interner Vorbereitungen in Aktivitäten zum Erreichen einer bestimmten Massenwirksamkeit überleitet wurden. Eine textliche Fassung des sogenannten Alternativvorschlages (siehe Anlage) wurde in fast allen Bezirken der DDR in kirchlichen Kreisen verbreitet und zur Diskussion gestellt.</p> <p>Nach bisher vorliegenden Hinweisen wird mit diesen Aktivitäten das Ziel verfolgt,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- bis zum 1. September 1981 (Weltfriedenstag) ca. 300 000 Unterschriften für den "Alternativvorschlag" zu sammeln,</li> </ul>	7	Blatt	3	"	9	Exemplar
7	Blatt						
3	"						
9	Exemplar						

Dokument 6: BStU MfS- ZAIG- 3143, Bl. 1-3

BStU 000002		2
<b>MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Aktion durch die Herbstsynoden der Landeskirchen sanktionieren zu lassen,</li> <li>- unter Einbeziehung kirchlicher Publikationsorgane den "Alternativvorschlag" (mit Unterschriften) der Volkskammer der DDR und dem zuständigen UNO-Ausschuß (genannt wurde auch der Ministerrat der DDR) zu übergeben und</li> <li>- die Volkskammer der DDR aufzufordern (unter Druck zu setzen), ein "Gesetz über den Sozialen Friedensdienst" zu beschließen.</li> </ul> <p>Wie intern bekannt wurde, hat Pfarrer WÖNNEBERGER (Weinbergskirche Dresden) - in Abstimmung mit Landesjugendpfarrer BRETSCHNEIDER (Dresden) - bereits im Oktober/November 1980 im Zusammenhang mit der Zunahme der Verbreitung pazifistischen Gedankengutes, vor allem seit der sogenannten kirchlichen gesamtdeutschen Friedensdekade im November 1980 unter dem Motto "Frieden schaffen ohne Waffen", mit der Erarbeitung des entsprechenden Papiers.</p> <p>An 18. 4. 1981 hat Pfarrer WÖNNEBERGER entsprechend einer Festlegung der unter seiner Leitung gebildeten sogenannten Initiativgruppe "Sozialer Friedensdienst" dieses Papier mit einem Anschreiben an den Volkskammerabgeordneten Dr. MÖLLER (NDPD/Dresden) abgeschickt, um die "Reaktion staatlicher Organe zu testen" (wurde von MÖLLER dem Rat der Stadt Dresden/Abt. Inneres übergeben und nicht beantwortet).</p> <p>Nach weiteren internen Hinweisen haben ebenfalls in April 1981 Beausoldaten (Einsatzort Militärakademie "Friedrich Engels", Dresden) an alle Bischöfe der Landes- und Freikirchen sowie der katholischen Kirchen in der DDR ein Schriftstück geschickt, in welchem u. a. auch die Forderung nach einem "Sozialen Friedensdienst" erhoben wurde.</p>		

<div style="border: 1px solid black; width: 100px; margin: 0 auto; padding: 5px; text-align: center;">           BStU 000003         </div> <p style="text-align: center; margin-top: 10px;">3</p> <p style="text-align: center; font-weight: bold; margin-top: 10px;">MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT</p> <p>An 9. 5. 1981 wurde in einer weiteren Beratung der "Initiativgruppe" die vorläufige Endfassung des Papiers festgelegt. (Bei den weiteren Unterzeichnern des Papiers handelt es sich um den Superintendent Dr. WETZEL/Dresden und Pfarrer BURKHARDT, ehem. Jugendpfarrer Weinbergskirche Dresden, jetzt Pfaffroda/Karl-Marx-Stadt).</p> <p>Hinsichtlich der weiteren Verbreitung und Behandlung des "Alternativvorschlages" erscheinen folgende - überwiegend in der bekanntgewordene - Aktivitäten bedeutsam:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nach dem vorgenannten Zeitpunkt übersandte der sogenannte Arbeitskreis "Erziehung zum Frieden" der Evangelischen Studentengemeinde <u>Dresden</u> den Alternativvorschlag an alle Evangelischen Studentengemeinden in der DDR mit der Aufforderung, Meinungen oder Zustimmungen an die "zuständigen Kirchenkreise" zu übergeben.</li> <li>- In einer Beratung am 2. Juni 1981 legte der sogenannte Arbeitskreis "Erziehung zum Frieden" der Evangelischen Studentengemeinde <u>Magdeburg</u> fest, das "Dresdener Papier" zur Meinungsbildung in Räumen der Studentengemeinde öffentlich auszuhängen. Der Initiator - Student an der TH Magdeburg - forderte dazu auf, sich in Briefen an die Kirchenleitungen zu wenden, um eine "breite Massenbewegung" für den "Sozialen Friedensdienst" zu demonstrieren.</li> <li>- In Rahmen der 6. "Werkstatt-Tage" der Jungen Gemeinde in <u>Halle</u> (20. Juni 1981) wurde eine Informationsrunde mit Vertretern der Initiative "Sozialer Friedensdienst" aus Dresden durchgeführt. Vor ca. 500 Personen informierten diese über das Anliegen ihrer Aktion; der größte Teil der Anwesenden trug sich in die Unterschriftenlisten ein. Diakon ROCHAU (Halle-Neustadt) habe das "Dresdener Papier" in ca. 800 Exemplaren vervielfältigt und u. a. während der Veranstaltungen der "Werkstatt-Tage" verteilt.</li> </ul>	
---	--

102839 <u>Anlage 2</u>	Übertragungsstelle Politische Verwaltung (MfS)	Geheime Verschlusssache GVS-o003 MIS-Nr. 6/82 29. Ausf. Bl. 1 bis 2
<p>Politisch-rechtliche Maßnahmen gegen Personen, die sich auf ihren gegen die staatliche Ordnung gerichteten Positionen beharren sowie feindlich-negative Aktivitäten betreiben</p> <hr/> <p>Im Interesse einer wirksamen Vorbeugung von Rechtsverletzungen durch Personen, die bestrebt sind, feindlich-negative Aktivitäten im Sinne</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der "Initiative zur Errichtung eines Sozialen Friedensdienstes",</li> <li>- des "Berliner Appells" sowie</li> <li>- einer sogenannten staatlich unabhängigen Friedensbewegung</li> </ul> <p>fortzusetzen bzw. zu entwickeln, sind folgende politisch-operative Maßnahmen durchzuführen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die im Anhang namentlich aufgeführten und in diesem Zusammenhang neu erkannten Personen sind durch die Hauptabteilung XX in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung IX bzw. durch die Abteilungen XX und Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen auf der Grundlage der §§ 12 (2), 20 (2) des VP-Gesetzes Befragungen zu unterziehen. Dabei sind ausgehend vom jeweils vorliegenden Sachverhalt und der konkrreten politisch-operativen Situation die zweckmäßigsten Formen der Vorladung bzw. der Zuführung und der Dokumentierung des Verlaufes der Befragung festzulegen.</li> <li>2. Ausgehend von festgestelltem Sachverhalt hat eine an den entsprechenden ordnungs- oder strafrechtlichen Normen orientierte Belehrung und Verwarnung zu erfolgen mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die rechtlichen Konsequenzen im Falle der Fortsetzung ihrer rechtswidrigen Aktivitäten.</li> </ol>		
Dokument 7: BStU MfS- GVS o0008 6/82, Anlage 2, Bl. 1 u. 2; GVS o0008 7/82, Anlage 3, Bl. 1-3		

- 2 -

**KODIE**  
Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1160, D-1086 Berlin

3. Die genannten Personen sind durch den Einsatz inoffizieller Kräfte unter operativer Kontrolle zu halten und bei Fortsetzung ihrer Aktivitäten einer erneuten Befragung zuzuführen.

4. Sind diese Personen uneinsichtig und setzen sie hartnäckig ihre rechtswidrigen Aktivitäten fort, sind Vorschläge für die Einleitung strafrechtlicher bzw. strafprozessualer Maßnahmen zu unterbreiten.

102829

54/82

Geheime Verschlusssache  
GVS-0000  
MIS-Nr. 7/82  
49. Ausf. Bl. 1 bis 2

Anlage 3

**Maßnahmen**  
zur Unterbindung des öffentlichen Tragens und des Verbreitens von Abzeichen, Aufnähern, Aufklebern, sonstigen Gegenständen, Symbolen und Texten mit pazifistischer Aussage

In Zusammenhang mit der "Basisinitiative" zur Entwicklung eines "Sozialen Friedensdienstes" und anderen sogenannten Friedensinitiativen der evangelischen Kirche werden besonders von auf oppositionellen Positionen stehenden oder politisch-schwankenden und teilweise auch negativ-dekadenten Jugendlichen/Jung-erwachsenen demonstrativ Abzeichen, Textile Aufnäher u.ä. mit pazifistischer Aussage sichtbar an Kleidungsgegenständen angebracht. Sie verfolgen das Ziel, sich mit der von bestimmten reaktionären kirchlichen Kräften popularisierten Idee von einer sogenannten staatlich unabhängigen Friedensbewegung in der DDR zu solidarisieren und ihre oppositionelle und ablehnende Haltung insbesondere zur sozialistischen Verteidigungspolitik, damit offen zum Ausdruck zu bringen.

Zur wirksamen Unterbindung dieser Aktivitäten sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Die zuständigen zentralen staatlichen Organe, insbesondere die Ministerien für Volksbildung und für das Hoch- und Fachschulwesen und das Staatssekretariat für Berufsausbildung sowie die berufliche Gewerkschaftlichen Organisationen, unter anderem die FDJ, die GST und der DTBB, haben zu gewährleisten, daß in ihrer Verantwortungsbereichen das Tragen und Verbreiten derartigen Symbole unterbunden wird und zu diesen Zweck die bestehenden Disziplinar-, Schul-, Internats- und anderen Maßnahmen konsequent durchgesetzt werden.

Das Ministerium des Innern hat zu gewährleisten, daß die Deutsche Volkspolizei das Tragen derartiger Gegenstände in der Öffentlichkeit, ausgehend von der Rechtswidrigkeit der

- 2 -

**Kopie**  
Der Bundeszentrale für die  
Überprüfung der Güter, Waren und Dienstleistungen  
des Inlandes  
Deutscher Demokratischer Republik  
Postfach 1199, D-1088 Berlin

Herstellung gemäß § 8 Abs. 3 der "Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen" unterbindet, indem Träger derselben zur Entfernung und Herausgabe aufgefordert werden, in deren Ergebnis die entschädigungslose Einziehung erfolgt.

In Weigerungsfalle erfolgt die Zuführung der entsprechenden Person gemäß § 12 Abs. 2 des VP-Gesetzes und die anschließende Durchsetzung der vorgenannten Maßnahmen.

Diese Maßnahmen beziehen sich auch auf gleichartige Symbole, die rechtswidrig unter Umgehung der Zollbestimmungen in die DDR eingeführt oder selbst hergestellt wurden.

Personen, die wiederholt und entgegen den ihnen erteilten Belehrungen durch das Tragen derartiger Gegenstände in Erscheinung treten, werden durch die territorial zuständigen Dienststellen der Deutschen Volkspolizei wegen Störung des sozialistischen Zusammenlebens gemäß § 4 Abs. 1 der Verordnung über Ordnungswidrigkeiten mit Ordnungsverfahren belegt.

Zur Durchsetzung der vorgenannten Maßnahmen wird der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei zum Zwecke des Erlasses einer entsprechenden Weisung informiert.

3. Durch die Leiter der Bezirksverwaltungen des MfS ist zu gewährleisten, daß die vorgenannten Maßnahmen in geeigneter Form mit tschechischen Mitteln wirksam unterstützt und durch kluges differenziertes politisches Handeln Konfrontationen vermieden werden.

- 3 -

GVS MfS 0008-7/82

Anhang

Bisher festgestellte Symbole und andere Gegenstände mit pazifistischer Aussage

---

1. Aufnäher für Bekleidungsgegenstände  
(7x7 cm, Vlies, weiß-roter Kreis, Symbolfigur blau mit schwarzer Inschrift "Schwerter zu Pflugscharen")
2. Aufklebesymbole.  
(2-5 cm in Durchmesser, Friedenstaube mit den Losungen "Spiel Frieden nicht Krieg" und "Kopfarbeit statt Kriegarbeit")
3. Lesezeichen  
(7x20 cm, Vlies, Aufschrift "Gerechtigkeit - Abrüstung - Frieden: Friedensdekade der Evangelischen Kirchen in der DDR", blaue Symbolfigur mit dem Text "Schwerter zu Pflugscharen")
4. Tücher  
(40x40 cm, Batiktechnik, Symbolfigur mit dem Text "Schwerter zu Pflugscharen")

**Kopie**  
Der Bundeszentrale für die  
Überprüfung der Güter, Waren und Dienstleistungen  
des Inlandes  
Deutscher Demokratischer Republik  
Postfach 1199, D-1088 Berlin

HA I/Abt. LSK-LV Strausberg, 26.08.83  
 UA Stab

HA I/AGK/UA AW-7/EDV  
 Berlin

BSU  
000094

Erfassungsangaben Bausoldaten  
 (Bei Ergänzungsmeldungen sind die mit + gekennzeichneten Punkte erneut auszufüllen!)

1. Angaben zur Person  
 + Name: [redacted] Geburtsname:  
 + Vornamen: [redacted]  
 + PNR: [redacted] Geburtsort: [redacted]  
 Wohnschrift: [redacted]

Organisationen:  
 kirchliche/religiöse Bindung: evang.

2. Angaben zur Arbeitsstelle  
 Letzte Tätigkeit und Arbeitsstelle vor Einberufung:  
 + Truppenteil/Einheit: PIE-24  
 + Dienst als Bausoldat von: II/82 bis: I/84

3. Angaben zum Erfassungsverhältnis  
 + Abt. XII überprüft: ja/nein + Erfassungsart: SVg.  
 + Erfassungsdatum: 04.01.83 + Registrier-Nr.: XVIII 2774/76  
 Archivnummer: + erfassende BE: I/LSK-LV/Stab

4. Operative Hinweise (Rückseite nutzen bzw. Anlage), wie:  
 - Motive für den Dienst als Bausoldat  
 - Vorstrafen  
 - interessante Kontakte/Verbindungen (Art/Zeit/Partner mit Personenangaben)  
 - Sachverhalte entsprechend Rahmenkatalog (Art/Zeit/Ort)  
 - rechtswidrige Übersiedlungsversuchen (wann/wo)  
 - bedeutsame Verhaltensweisen  
 - Hinweise über bereits herbeigeführte DUG-/EPDB-Erfassungen durch Übergebende Dienststelle (Dok.-Nr.)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Leiter der Interabteilung  
 Schmidt / USL

Dokument 8: BStU Erfassungsbogen HA I / Abt. LSK-LV

BSU  
000008

GVS Mfs 0130 - E 97/88  
8

Langanhaltendes negatives Wirksamwerden und die Herausbildung negativer Gruppierungen wurde nicht zugelassen. Die Anzahl der notwendigen Ermittlungsverfahren gemäß § 139/220 StGB war weiter rückläufig (23; 1986 = 26, 1979 = 118). Sie wurden gegen 11 junge Unteroffiziere und 12 Soldaten wegen Herabwürdigung des realen Sozialismus und von progressiven Personen eingeleitet.  
 An den operativ bedeutsamen Vorfällen waren unverändert hauptsächlich Soldaten (45 %) und junge Unteroffiziere (30 %) beteiligt. Offiziere fielen wenig an (19 Fälle; 1986 = 29).

Bei einem erheblichen Teil der primitiven antisozialistischen Auslassungen handelt es sich um die Diskriminierung von Armeeangehörigen wegen ihrer SED-Mitgliedschaft (45 Fälle) sowie um den Gebrauch faschistischer Parolen und Gebärden (100), der meistens nicht ideologische Positionen ausdrückt, sondern den unkritisch verarbeiteten Einfluß einschlägiger westlicher Tendenzen widerspiegelt. Eine relativ geringe Anzahl beinhaltete verbale Angriffe auf Grenzsicherungsmaßnahmen bis zur Forderung nach Beseitigung der Berliner Mauer, die von den feindlichen Hetzattacken im Zusammenhang mit den Ereignissen vor den Brandenburger Tor inspiriert wurden.

Die Bearbeitung von 11 OV und 40 OPK (1986 13/55) wurde aufgenommen, so daß 1987 zu insgesamt 79 Personen 13 OV und 69 OPK liefen (88/19/76). Beendet wurden 10 OV und 44 OPK. Die Abschlußart öffentliche Auswertung mit Durchführung von Vorbeugungsgesprächen dominierte (29); in 5 Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und siebenmal erfolgte die operative Nutzung. Am Ende des Jahres blieben noch 3 OV und 25 OPK, in denen 31 Personen (2 Offz., 1 OS, 6 BU, 2 UaZ, 9 Sold, 3 Bausold., 6 ZB, 2 ZP) bearbeitet wurden.

In 118 Fällen gab es Erscheinungen in Richtung politischer Untergrundtätigkeit. Überwiegend handelte es sich um spontane Sympathiebekundungen bzw. verworrene Äußerungen zu sogenannten alternativen Bestrebungen in Fragen der Friedenssicherung, des Umweltschutzes und der Menschenrechte. Die Negierung von Sinn und Notwendigkeit des Wehrdienstes und der Wehrerziehung trat dabei hervor und ließ sowohl Auswirkungen feindlichen Einflusses als auch Fehleinschätzungen gegenwärtiger politischer Ereignisse erkennen.  
 Dagegenüber wurden 53 Militärpersonen (28 Bausold., 15 Sold., 5 UaZ, 5 Berufskader) mit intensiveren Bindungen bekannt, die den Beginn von 11 OV und 50 OPK erforderten (64/8/52).

Dokument 9: BStU Mfs- HA I / AGK- 7902, Bl. 8-10

BSU  
000009

GVS MFS 0130 - E 97/88  
9

Annähernd die Hälfte von ihnen hatte oder hat Verbindungen zu oppositionellen/feindlich-negativen Gruppierungen/Personen außerhalb der Streitkräfte (Regionalgruppen ehemaliger Bau-soldaten; kirchliche Beauftragte für Wehrdienstfragen; PUT-Exponenten Eppelmann, Hirsch, Lietz, Poppe). In Zusammenhang mit derartigen Verbindungen war die Absicht erkennbar

- aktive Stützpunkte in den Streitkräften zu schaffen (unveränderter Schwerpunkt Baueinheiten),
- möglichst detaillierte und umfassende Kenntnisse über den Dienst vor allem in den Baueinheiten zu erhalten (Besuchsaktivitäten und Konsultationen kirchlicher Kräfte, Kontaktinteresse gegenüber 2 jungen Offizieren und einem BU der LaSK).
- oppositionelles und pazifistisches Gedankengut zu verbreiten (Materialzustellung - auch "Grenzfall" und "Umweltblätter"),
- Ansatzpunkte für den innen- und außenpolitischen Mißbrauch der Wehrdienstproblematik zu schaffen (Inspirierung von Eingaben- und Unterschriftenaktionen, Förderung des SOFD-Gedankens, Beistand für demonstratives Verhalten).

8 OV und 36 OPK zu diesem Personankreis wurden 1987 beendet. Es erfolgten bei 14 die öffentliche Auswertung bzw. Maßnahmen der Zersetzung und im Interesse anderer Dienstseinheiten die Auswertung/Kontaktierung von 6 Personen bzw. die Übergabe von 9 Materialien.

3 OV und 14 OPK werden gegen 2 SO, 1 OaZ, 2 UaZ, 2 Sold. 9 Bau-soldaten und 1 Zivilperson fortgeführt.

Die Wirksamkeit bei der Bekämpfung solcher Aktivitäten verhinderte weiterhin, daß sich im militärischen Bereich bedeutsame oppositionelle Kräfte etablieren und entfalten, daß Bausoldaten und weitere Kräfte in die Störung gesellschaftlicher bzw. offizieller kirchlicher Veranstaltungen einbezogen werden oder daß Wehrdienstfragen insgesamt politisch mißbraucht werden konnten.

Mit verstärkten Angriffen oppositioneller Kreise unter Nutzung jüngster feindlicher Aktivitäten (u. a. "Zionskirche") auf die Wehrpolitik und andere Bereiche ist zu rechnen (SOFD, Wehrziehung, Rechtspflege, Besucher- und Reiseverkehr).

BSU  
000010

GVS MFS 0130 - E 97/88  
10

Im Offizierskorps lagen die Entlassungen aus dem aktiven Dienst wegen Kapitulationserscheinungen bzw. wegen grober Dienstverstoße mit 53 Fällen geringfügig unter der Anzahl im Vorjahr. Bei der Berufsnachwuchsgewinnung trat zu Beginn des Ausbildungsjahres 1987/88 an mehreren Offiziershochschulen eine gespannte Situation ein. Die 34 % Fluktuation der Bewerber von der Zulassung bis zum Studienbeginn bewirkten allein an der OHS/LaSK ein absolutes Fehlen von 372 Offiziersschülern. Damit ist deren Kapazität lediglich zu 74 % (1986 = 86 %), in den Studienrichtungen Panzer und Mot.-Schützen nur zu 63 % ausgelastet. Als eine wesentliche Ursache wurden Wirkungen erkannt, die von der einseitigen und illusionären Beurteilung der internationalen Lage ausgehen und Zweifel an der Perspektive des militärischen Berufes und an der Rolle der sozialistischen Streitkräfte hervor-rufen. Diese auch bei jungen Absolventen anzutreffenden Haltungen wirken in Verbindung mit feindlichem Einfluß und angesichts komplizierter Bedingungen des Truppendienstes der stabilen Berufsmotivation entgegen und fördern Entpflichtungsbestrebungen.

Die Wehrdienstverweigerungen in der Truppe lagen in Höhe des Vorjahres (10; 1986 = 11) und betreffen je 1 US und SaZ sowie 8 Soldaten. Als Gründe wurden religiöse Motive (5), Unzufriedenheit mit Dienst bzw. Laufbahnausbildung (4) und Ablehnung der DDR-Verhältnisse angegeben. In 3 Fällen war die Verweigerung mit Demonstrativhandlungen verbunden (Suizidversuch, Beibringen Schußverletzung, Übersiedlungsersuchen). Gegen den SaZ wurde EV eingeleitet, die religiösen Aktivitäten Fälle in Bausoldatendienstgewandelt.

Bei Angriffen auf die sozialistischen Beziehungen konnten im Vergleich zum Vorjahr die Vorkommnisse (105 auf 79) und Straftaten (40 auf 35) zurückgedrängt werden, nachdem sie von 1985 (98 Vorkommnisse/37 Straftaten) zu 1986 angestiegen waren. Unverändert verbreitet sind jedoch unter der Schwelle disziplina-rer Relevanz liegende bzw. latente "EK"-Erscheinungen (Kult um noch abzudienende Zeit, Annäherungen Dienstälterer).

*Hafnahme 26-3- auf unten,*

A b s c h r i f t

Ro 3305 rot vom 4.10., 15.45 Uhr bis 5.10.84, 16.30 Uhr

BS  
0001

4.10.84/15.45 Uhr/0000 Beginn der Aufzeichnung

Aufzeichnung gestört (Pfeifton u. verzerrt) - keine verwertbare Aufzeichnungen.

Am 5.10.84 in der Zeit von 10.20 bis 11.00 Uhr erfolgten keine Aufzeichnungen auf Grund Stromausfall. Anschließend war die Aufzeichnungsqualität in einem auswertbaren Zustand (ab Bandanzeige 3630).

Auf dem Zimmer sind Bewegungsgeräusche und leise Gespräche zu hören. Inhalt der Gespräche ist auf Grund der geringen Lautstärke kaum verständlich.

3710

Tür wird geöffnet und eine Person betritt das Zimmer, wird durch mehrere BS gleichzeitig befragt: "Und?" [REDACTED] antwortet, konkreter Inhalt ist aber nicht verständlich.

X: Woßen sie Dich rauschmeißen? Was hat er Dich denn gefragt?

I.: Zu meinem Antrag und was ich dazu meine.

X (evtl. Z.): Auf alle Fälle mußst Du dahinterstehen und gebe keinen Schritt zurück.

I.: Vermutlich muß ich bleiben ... (Rest unverständlich, da I. beim Sprechen leiser wird.)

Unterhaltung wird noch weitergeführt. I. gibt dabei nur kurze Antworten. Gespräch wird vorwiegend durch die anderen BS geführt. Vom Inhalt her sind die Gespräche kaum auswertbar, da Aufzeichnung durch Störungen überlagert ist.

3856

Ruhe auf der Stube, Geräusche, die auf schlafen schlußfolgern lassen.

4530

Gespräch zwischen N. und [REDACTED].

I.: Sagt etwas - Inhalt ist nicht verständlich.

N.: Weißt Du, wen der haben will. ... (Weiterer Inhalt undeutlich) ... der will nur möglichst die Leute aus unserm ....., versteht Du.

N. sagt noch etwas, was nicht verständlich ist.

I.: Kann ich mich darauf verlassen? (Störgeräusche nehmen zu.)

Ro 3305 grün vom 3.10., 15.45 Uhr bis 4.10.84, 8.30 Uhr

3.10.84/15.45 Uhr/0000 Beginn der Aufzeichnung

Störung (auf- und abschwellender Brumton und Rauschen)

0553

N. spricht: Gespräch wird durch Störungen überlagert und ist kaum verständlich. Es geht beim Gespräch um Umweltschutz.

0565

Störungen nehmen zu.

Dokument 10: Aus einer privaten Akte (Bl. 25-27). Mit freundlicher Genehmigung von Thomas Zimmermann, Heidelberg

000026

2

0897

V. liest Text vor: ... Wir haben eine ganz dringende Frage an Sie. Schneckt ... Kaffee besser als Bohnenkaffee, könntest Du uns mal das Rezept geben oder willst Du es alleine trinken. Wenn wir nicht solchen Hunger hätten, wüßten wir auch nicht, was wir vor Durst trinken sollen ... (Störungen nehmen zu.) ... Wir möchten auch mal wissen, warum uns alle so gut finden. (Zunahme der Störungen)

Aufzeichnung ist durchgehend mit Störungen in einer nicht auswertbaren Qualität. Mit zunehmender Aufzeichnungsdauer, insbesondere in den Abendstunden, nimmt die Anzahl und Dauer der Störungen zu. Im Hintergrund der gestörten Aufzeichnungen sind verzerrte Gespräche wahrnehmbar.

3135 - grün - 15.6.1984, Beginn 16.30 Uhr

000

Personen betreten Zimmer.

008

- [REDACTED] wird beschimpft durch eine Person (P 1). P 1 fragt, wie man eine Eingabe an Ärztekammer richtet. P 1 spricht über Kopfschmerz, die er häufig hat; berichtet über eine Diskussion mit einem älteren Bürger.

033

P 1 informiert, wenn er einen Termin am MMZ kriegt, läßt er die Sache fallen (13.8.). [REDACTED] wird wieder beschimpft durch P 1 und weitere Person.

039 - tritt Ruhe ein

053 - Geräusche von Müßelücken

057 - Gespräche über Sauberkeitszustand in Stube

075

Wird Frage gestellt. Antwort einer rauhen Stimme: "Mir ist alles egal."

115

"[REDACTED], Dir müßte man in den Arsch treten, jede Woche einmal, damit Du wieder die Sonne siehst."

119

P - Erst belehren sie ein über die Aufgaben des DR, dann jagen sie alle runter.

P - Hier ist kein Schwein gewesen, kein Offizier und nichts. Gespräch wird leiser.

140

Diskussion über Bedrohung durch Gegner. Trinken Kaffee

173

Starke Störgeräusche  
Im Hintergrund Gespräche über Wasserkochen. Inhalt durch Störungen schlecht zu verstehen. Geht vorwiegend um Schmerzzustände.

000027 <sup>3</sup>

17.30 Uhr, 350  
Diskussion über Gerichtsverhandlung. 1 1/2 Jahr Bewährung/  
5 00 Mark Strafe. Ging vorwiegend um Schädigung/Ansehen der  
Armee. Weitere Diskussion über Strafgesetze, z. B. Meldepflicht,  
Arbeitsplatzbindung.

505  
Gespräche über Probleme und Schwierigkeiten auf Baustelle. Fole-  
misierung über Ursachen.  
Anschwellen der Stürgerkusche.

688  
Unten standen 3 zivile Autos - 2 Wartburgs und der blaue Trabant.  
Der blaue Trabant ist wahrscheinlich der vom Stenai-Mann und war  
keiner in der "Oper". (andere Stimmen) Ist doch Quatsch, die hab  
doch ständig andere Autos.  
(1. Stimme): Mit dem blauen Trabant ist es doch schon mal so ge-  
wesen und nicht nur einmal. Jedenfalls standen 3 zivile Autos  
und alle waren in der Holzoper.  
Gespräch über Verlauf in der Holzoper.  
(Stimme) Ich versuchte gerade, dem [REDACTED] deutlich zu machen, daß  
alle BS in die Holzoper mußten.  
Informiert einen BS, daß er heute zur Gerichtsverhandlung war und  
über Verlauf der Verhandlung, fand es sehr interessant.

19.30 Uhr - Ende der Aufzeichnung

Kassette 1 (Bandmasch. defekt), 15.6.84, 19.30 bis 20.00 Uhr

Aufzeichnung stark gestört und übersteuert.

"Mikrophone, richt Euch". "Wie groß ist solche Wansen?" (wie die  
Knopfzelle) "Sind die wirklich in der Lage, so ein Gespräch auf-  
zunehmen?" "Ja."  
"Von mir kriegen die sowieso nichts zu hören."  
Gespräch wird wieder auf Gerichtsverhandlung gelenkt. Bei der Un-  
besetzung haben sie ihre Leute mit untergebracht. Bereiten etwas  
zu essen vor.  
Gespräch wieder auf Thema Ausbildung. "Der [REDACTED] hat ein Zeug zu-  
sammengequatscht."  
Starke Stürgerkusche (Schlagen)

20.00 Uhr - Ende der Aufzeichnung

3135 - grUn - 16.6.84, 8.30 Uhr

726  
Band zugeschaltet  
Stürgerkusche (Rauschen/Knistern). Gespräch undeutlich (zu leise)  
Geschirrgeklapper und Quietschgeräusche der Betten.

10.10 Uhr - 991  
Habt ihr was gefunden? Das lag hier auf dem Tisch. Kann geschluß-  
folgert werden, daß sie suchen. Das ist viel zu heiß, das Ding.  
Weißt Du, was dann los ist?

11.00 Uhr - Starke Stürgerkusche

12.00 Uhr - 061 - Ende der Aufzeichnung.

Bezirksverwaltung für Halle, 15. 8. 1989  
Staatsicherheit Halle  
SR Abwehr-Wehrkommando 208/89

BSU  
000002

BV Halle  
Kreisdienststelle

Eingegangen  
am 17. 8. 1989  
2900 | 117/84/100

466

In der Anlage erhalten Sie den von der HA I/Abt. TW zugestellten und mit der ZAIG abgestimmten Informationsbedarf zur Einschätzung der politisch-operativen Lage in Vorbereitung, Durchführung sowie den Ergebnissen der Musterung, Einberufungsüberprüfungen und Einberufungen auf der Grundlage der Aufgabenstellungen der DA 7/84 des Genossen Minister. Die bei Ihnen vorliegende Gliederung über die bisher zum o.g. Problembereich zu fertigenden Einschätzungen ist in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Generell sollte bei der Erstellung des Dokumentes davon ausgegangen werden, daß es das einzigste ist, welches Auskunft zur politisch-operativen Lage auf diesem Gebiet gibt. Diese operative Lageeinschätzung ist jeweils im I. und II. Halbjahr des Jahres zu fertigen. Jeweils im I. Halbjahr umfaßt die operative Lageeinschätzung die Prozesse der Vorbereitung und Durchführung der Musterung und der Vorbereitung und Durchführung der Einberufungsüberprüfung und Einberufung. Veränderungen in Entwicklungstendenzen von der Musterung bis zur EBU bzw. Einberufung sind als solche darzustellen.

Die im Anhang zu fertigenden statistischen Angaben sind jedoch jeweils im I. Halbjahr getrennt nach Musterung und EBU vorzunehmen und erfolgen nach den bisherigen Vorgaben. Der Termin bleibt wie im Arbeitsplan vorgegeben.

Leiter SR AWK  
*[Signature]*  
Scheibe  
Oberstleutnant

Anlage

Bezirksverwaltung für  
Staatsicherheit Halle  
SR Abwehr-Wehrkommando

Halle, 14. 8. 1989  
6.10 / 89

BStU  
000001

Dienst Einheit  
Leiter  
AKG

Eingegangen  
am 17. 8. 1989  
2901 11/1/89

**Einberufung von Bausoldaten**

Auf Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates sowie durch Entschluß des Generalsekretärs des ZK der SED Gen. Erich Honecker, erfolgt im November 1989 und in den Monaten bis 1992 die zusätzliche Einberufung von Wehrpflichtigen in den Dienst mit der Waffe ablehnen (Bausoldaten) in den Einsatz in der Volkswirtschaft. In den Zentren der chemischen Industrie des Bezirkes Halle werden 1600 Bausoldaten der NVA eingesetzt.

- Chemisches Kombinat Bitterfeld:	450
- Chemisches Kombinat Bitteritz:	400
- Chemisches Kombinat Wolfen:	300
- Chemische Werke Buna:	200
- VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht":	250

Die Einberufung der Bausoldaten erfolgt in 3 Stappen -  
am 02.11.89, 14.11.89 und 28.11.89.

In Abstimmung mit der NVA sind aus Ihrem Verantwortungsbereich 187 Bausoldaten zur Einberufung vorgesehen.  
Die lt. Dienstanzweisung 7/84 des Gen. Minister zu erarbeitenden Auskunftsberichte über die Bausoldaten sind dem SR Abwehr-Wehrkommando bis zum 20. 10. 1989 zu übergeben.

Zur Gewährleistung einer zielgerichteten politisch-operativen Absicherung der Bauseinheiten bitte ich entsprechend der DA 2/85 des Gen. Minister um Veranlassung, daß IM, Kontaktpersonen oder andere operativ nutzbare Personen einberufen und für den Zeitraum des Wehrdienstes der HA I/Abt. MENV/UA Pioniertruppen zur Zusammenarbeit übergeben werden. Die Übergabe sollte prinzipiell persönlich und vor der Einberufung erfolgen.  
Für erforderliche Rückfragen der Leiter der DE sowie zur Organisation des Zusammenwirkens ist vom Leiter der HA I der Genosse Major Mäder (Tel.: MFS Berlin 35141) beauftragt worden.

Leiter SR AWK  
Scheibe  
Oberstleutnant

000003

**Informationsbedarf**

für die Einschätzung der politisch-operativen Lage in Vorbereitung und Durchführung sowie den Ergebnissen der Musterungen, Einberufungsüberprüfungen und Einberufungen im I. bzw. II. Halbjahr 19... auf der Grundlage der Aufgabenstellungen der DA 7/84 des Genossen Minister

1. Einschätzung der Qualität und Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherung der im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Musterung und Einberufungsüberprüfung zu sichernden Prozesse, Personen und Objekte.  
Es ist herauszuarbeiten und aus sicherheitspolitischer und politisch-operativer Sicht einzuschätzen und zu bewerten:
  - 1.1 Wie und durch wen erfolgt die Sicherung der Musterungs-, Einberufungs- und Wehrunterlagen? Welche Mängel und Mißstände wurden festgestellt, welche begünstigenden Bedingungen lagen ihnen zugrunde und welche Maßnahmen zu deren Beseitigung wurden ergriffen bzw. durchgeführt?
  - 1.2 Wie erfolgt die politisch-operative Sicherung der Objekte (MSP, ESP) sowie der eingesetzten Personen während der Musterung und der Einberufungsüberprüfung?
  - 1.3 Wie erfolgte mit welchem Ergebnis die Filtrierung von Wehrpflichtigen für den militärischen Berufenachwuchs, für die Grenstruppen der DM und den Spezialtruppen und Dienste? Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab bzw. sind zu erwarten, welche Schwerpunkte sowie Schwerpunktbereiche werden offenkundig?
  - 1.4 Welche Mängel treten in der Arbeit der WKK's in Vorbereitung und Durchführung der Musterung und EBÜ auf, die Einfluß auf die zu lösenden Aufgaben sowie auf die sicherheitspolitische Lage haben? Was wurde eingeleitet und durchgeführt zur Überwindung festgestellter Mängel?
  - 1.5 Gibt es Hinweise, daß durch organisatorische Abläufe bzw. kurzfristige Festlegungen in den WKK's die Wirksamkeit der Abwehroffiziere eingesengt wird oder die Hinweise der Abwehroffiziere nicht beachtet werden?
  - 1.6 Aus welchem Grund waren in welchen Kommissionen operative Mitarbeiter nicht eingesetzt worden.
  - 1.7 Welche Probleme traten im Zusammenwirken mit dem WKK auf, welche sind objektiver und welche sind subjektiver Natur? Was wurde zu deren Beseitigung vorgeschlagen bzw. durchgeführt?
  - 1.8 Welche gegenwärtige organisatorische Fragen bei der Abwicklung der Musterung und EBÜ könnten effektiver gestaltet werden?

	BSTU 000004	2
--	----------------	---

2. Einschätzung der politisch-operativen Lage sowie des aktuellen wehrpolitischen Stimmungsbildes der zur Musterung/EBU aufgeförderten Wehrpflichtigen.

2.1 Welche Diskussionen und Äußerungen kennzeichnen das Stimmungsbild und Meinungsbild unter den Wehrpflichtigen

- zur Wehrpolitik der DDR?
- zum Wehrdienst generell?
- zum Dienst in den Grenztruppen der DDR?
- zum Wehrdienst auf Zeit?
- zum militärischen Berufsnachwuchs?

2.2 Welche Entwicklungstendenzen sind erkennbar?

2.3 Welche Hinweise und Erkenntnisse gibt es zu den Ursachen und begünstigenden Bedingungen für negative Entwicklungstendenzen bzw. Nichterfüllung staatlicher Auflagen?

2.4 Welche Mängel wurden bekannt bei der wehrpolitischen Erziehung aller Erziehungsträger?

2.5 Bei der Einschätzung der politisch-operativen Lage sind insbesondere die Entwicklungstendenzen, Ursachen und Motive im Zusammenhang zu sehen mit:

- erstmalige Ablehnung des Wehrdienstes mit Waffe,
- erstmalige generelle Ablehnung des Wehrdienstes,
- erstmaligen in Erscheinung treten mit Antragstellung auf ständige Abreise;
- Abstandnahme von einer Längerverpflichtung bzw. Rücknahme der Bereitschaftserklärung.

2.6 Gibt es Hinweise auf Aktivitäten zum o.g. Problemkreis

- von Vertretern in der DDR zugelassener und staatlich anerkannter Kirchen oder Religionsgemeinschaften?
- Vertretern der Sekte "Zeugen Jehovas"?
- ehemaliger Bausoldaten?
- anderer feindlich-negativer Personen(gruppen)?

Politisch-operativ bedeutsame Sachverhalte sind als solche darzustellen.

2.7 Welche Schlussfolgerungen bzw. Konsequenzen sind aus den Darlegungen zum Punkt 2 abzuleiten?

2.8 Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab von der Musterung bis EBU bzw. Einberufung?

	BSTU 000005	3
--	----------------	---

3. Einschätzung zur personellen Auffüllung der Grenztruppen der DDR.

3.1 Welche neuen politisch-operativen Erkenntnisse liegen vor über Entwicklungstendenzen, Probleme und Erscheinungen im Zusammenhang mit der Realisierung der staatlichen Auflagen zur personellen Auffüllung der Grenztruppen der DDR?

3.2 Welchen Umfang und Qualität haben die durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen entsprechend der DA 7/84 und der 1. DfB?

3.3 Welche Gründe und Ursachen gab es, die die Bearbeitung der geforderten Angaben für die SiÜ nicht bzw. nicht rechtzeitig ermöglichten?  
(Herausarbeitung und Darstellung objektiver und subjektiver Gründe/Ursachen)

3.4 Einschätzung des Umfangs der Qualität und der hemmenden Faktoren bei der Erfüllung der Auflagen zur Werbung/Gewinnung von IM/GMS.

3.5 Welche Schlussfolgerungen sind zu ziehen für die Verbesserung der Qualität bei der Durchführung der SiÜ sowie der Gewinnung von inoffiziellen Quellen?

4. Welche Hinweise und Vorschläge gibt es, die einer zentralen Regelung bedürfen?

#### 4. Bearbeitung von Bausoldaten durch das MfS in Operativen Vorgängen

Statistisch brauchbare Kenntnisse über die Anzahl operativer Bearbeitungsmaßnahmen (OPK, OV) gegen Bausoldaten liegen noch nicht vor. Über den ersten Bausoldatendurchgang (Einberufungstermin 11/1964), aus welchem mindestens 17 Personen<sup>41</sup>, nach anderen Angaben sogar über 20 Personen<sup>42</sup> wegen Gelöbnis-, Arbeits- bzw. Befehlsverweigerung zu Arrest- oder Gefängnisstrafen verurteilt wurden, sind keine OV-Akten aufgefunden worden. Im zweiten BS-Durchgang (Einberufung 5/1966) und im vierten Durchgang (Einberufung 5/1969) wurde jeweils eine Gruppe von mehreren Bausoldaten in einem OV bearbeitet<sup>43</sup>. In den 70er Jahren wurde eine wachsende Zahl von ehemaligen Bausoldaten in einem zentralen Operativvorgang (OV „Spaten“<sup>44</sup>) bearbeitet, der sich gegen Gruppen richtete, welche im Raum Berlin Beratung und Begleitung von Wehrdienstverweigerern anboten.

In den 80er Jahren stieg die Zahl der operativen Bearbeitungen stark an; allein zwischen Ende 1986 und Ende 1988 wurden in der HA I

- 79 gegen Bausoldaten gerichtete OPK oder OV durch „öffentliche Auswertung bzw. Maßnahmen zur Zersetzung“, „Anwerbung/Kontaktierung“ bzw. „Disziplinarstrafen oder EV (= Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften)“ beendet sowie
- 375 Fälle im Bereich „Bekämpfung feindlich-negativer Aktivitäten von Antragstellern auf ständige Ausreise/Zurückdrängung von Ausreiseanträgen“ in den Baueinheiten registriert<sup>45</sup>.

Vom Einberufungsjahrgang 1984, Standort Prora/Fährhafen Mukran, wurden aus einem Bausoldatenzug allein sechs Bausoldaten in den OPK bzw. OV „Verfasser“, „Märtyrer“, „Nachfolger“, „Wühlmaus“, „Soldat“ und „Skribent“ bearbeitet, weil sie im Zusammenhang mit dem Besuch des Verteidigungsministers bei der Baueinheit im Juli 1985 dem MfS ins Visier geraten waren.

<sup>41</sup> SCHICKETANZ, : a. a. O., S. 19 f.

<sup>42</sup> KOCH/ESCHLER: a. a. O., S. 22

<sup>43</sup> EISENFELD, Bernd in: Dokumentation der Berliner Studententagung „Zur Geschichte der Bausoldaten in der DDR - Einsichten und Konsequenzen für den Friedensdienst“, Magdeburg 1995, S. 29 ff.

<sup>44</sup> OV „Spaten“ (1971-1980), BStU XX/4 9774

<sup>45</sup> Zusammenfassende quantitative Übersicht ...; BStU MfS 7902 sowie BStU MfS 7903

In die Fänge einer operativen Bearbeitung gerieten Bausoldaten oftmals durch das Auffinden von geschriebenen oder vervielfältigten oder gedruckten Materialien (Abschriften, Gedichte, Lieder, Tagebücher, Veranstaltungseinladungen oder andere Drucksachen der Kirchen o. ä.). Selbst auf offiziell lizenzierte Kirchenzeitungen und Broschüren wurde häufig mit Beschlagnahme reagiert<sup>46</sup>. Die Reaktionen des MfS auf vervielfältigte Materialien, die von Bausoldaten selber hergestellt wurden, waren in der Regel sehr scharf. Der folgend vorgestellte Operativvorgang belegt dies exemplarisch.

Der OV „Geheimbund“ umfaßt den relativ kurzen Zeitraum von lediglich zwei Monaten und wurde unmittelbar (ohne vorherige Operative Personenkontrolle) eingeleitet. Er richtete sich ursprünglich gegen drei Bausoldaten mit einem Anfangsverdacht nach § 218 StGB, „daß ein Personenzusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele herbeigeführt wurde“ und konkretisierte sich in der Folge auf den Bausoldaten U. D. aus Rüdnitz als „Inspirator und Organisator“ und somit als Haupttatverdächtigen<sup>47</sup>.

Der Bausoldat hatte in einer kleinen Gruppe in der Kaserne Trollenhagen (Bezirk Neubrandenburg), in der er seit Mai 1986 Dienst tat, die Idee geäußert, eine „Bausoldatenzeitung“ mit dem Titel „Der Spaten“ herauszugeben und einen handschriftlichen Entwurf für eine erste Ausgabe erstellt (Dokument 12<sup>48</sup>). Dieses Vorhaben war durch den in der Baueinheit eingesetzten Inoffiziellen Mitarbeiter mit dem MfS-Decknamen „Bernd Siegel“ verraten worden. Bei dem Bemühen, „sogenannte 'Kontaktadressen' (in anderen Baueinheiten - U. K.) zu schaffen, ein Verbindungssystem für die im Zusammenhang mit der 'Zeitung' stehende Korrespondenz aufzubauen“<sup>49</sup>, stellte der IM seine Heimatanschrift zur Verfügung und gelangte damit problemlos in Besitz aller Informationen, die sein Führungsoffizier von ihm erlangen wollte. Der Eröffnungsbericht des OV endet mit der Zielstellung, ein Strafverfahren wegen § 218 („Gruppenbildung“) in Tateinheit mit § 106 StGB („Staatsfeindliche Hetze“) vorzubereiten (Dokument 13).

Der IM „Bernd Siegel“ wies offenbar eine hohe Zuverlässigkeit hinsichtlich der Einhaltung seiner Konspiration auf, denn das MfS erteilte ihm sogar schriftliche Aufträge für seinen Einsatz. Darin werden ihm genaue Verhaltens-

<sup>46</sup> Richtlinie „Gesetzliche Regelungen und getroffene Festlegungen zur religiösen Betätigung innerhalb der NVA“, in: BStU MfS-HA XX/4-241

<sup>47</sup> OV „Geheimbund“, BStU XVIII/ 3718/ 86

<sup>48</sup> schlechte Qualität der Kopie bereits beim BStU

<sup>49</sup> a. a. O.: Eröffnungsbericht zum OV „Geheimbund“, S. 4

anweisungen gegeben, wie er sich in das Vertrauen anderer Bausoldaten einschleichen und welche Informationen er auf diese Weise erlangen soll (Dokument 14<sup>50</sup>).

Zugleich beauftragte die OV-führende HA I ihre Unterabteilungen an den Bausoldaten-Standorten Brandenburg, Lehnin, Cottbus und Prora, durch Inoffizielle Mitarbeiter unter den dortigen Bausoldaten nach Exemplaren der Zeitung und Kontakten zur OV-Person zu suchen.

Vier Wochen nach Eröffnung des OV ist es dem IM „Bernd Siegel“ unter Mithilfe weiterer Inoffizieller Mitarbeiter gelungen, den Bausoldaten U. D. zu verleiten, „über den Zaun zu gehen“, also nach Dienstende unerlaubt die Kaserne zu verlassen. Dieser Vorfall wird dazu benutzt, eine vermeintliche „Fluchtgefahr“ der OV-Person zu konstruieren und während des nächsten Wochenendurlaubes einen Fahndungsauftrag an die Polizei und Grenztruppen der DDR auszuschreiben (Dokument 15) und den Bausoldaten festzunehmen.

Weitere vier Wochen später, am 10.11.1986, ist der Zeitpunkt gekommen, „den Personenkreis ‘Geheimbund’ offensiv und unverzüglich zu zerschlagen und zu zersetzen“<sup>51</sup> und weitere Bausoldaten zur Abschreckung der Truppe festzunehmen (Dokument 16). Dabei wurde übrigens auch der IM „Bernd Siegel“ mit arretiert, um seine Konspiration für eventuelle spätere Aufgaben zu wahren. Die OV-Person U. D. wurde gezielt „kriminalisiert“<sup>52</sup>, durch das Truppengericht zu einer Strafe von 3 Monaten „Dienst in der Disziplinareinheit Schwedt“ (zentrales Militärstraflager der DDR) verurteilt und die anderen Bausoldaten wurden nach Ende ihres Arrestes an einen anderen Standort versetzt. Diese Versetzung ohne Begründung war ein gezieltes Einschüchterungsmittel, um „Unruhe und Unsicherheit unter dem Personalbestand der Bausoldaten auszulösen“<sup>53</sup>. Unmittelbar nach der Verurteilung am 24.11.1986 wurde U. D. in Schwedt eingeliefert (Dokument 17) und der OV damit abgeschlossen.

Im Unterschied zu verschiedenen anderen Operativen Vorgängen wurde der OV „Geheimbund“ mit verhältnismäßig einfachen Mitteln bearbeitet:

- Einsatz von „nur“ drei IM (je ein Bausoldat, Vorgesetzter, Zivilangestellter der NVA),

<sup>50</sup> schlechte Qualität der Kopie bereits beim BStU

<sup>51</sup> BStU XVIII/ 3718/ 86, Konzeption zur operativen Zersetzung S. 97 f.

<sup>52</sup> wörtlich am angegebenen Ort

<sup>53</sup> BStU XVIII/ 3718/ 86, Konzeption zur operativen Zersetzung S. 99

- Durchführung einer legendierten Objektdurchsuchung wegen angeblichen Diebstahls von Ausrüstungsgegenständen,
- Versetzung von mindestens 8 Bausoldaten an andere Standorte, um Kontakte zu zerstören und Unruhe und Angst (über das „Verschwinden“ der Kameraden) auszulösen.

Daß dieser Vorgang so einfach und glatt ging, ist sicher auch darauf zurückzuführen, daß die agierenden Bausoldaten selber ohne konspirative Bemühungen, in aller Offenheit und mit einer gewissen Naivität handelten. So ließen sich die Ermittlungen, das Konstruieren strafbarer Handlungen und die Bestrafung innerhalb weniger Wochen abschließen. Aus dem gesamten Zusammenhang des OV ergibt sich, daß das MfS abwog, welche Vorgehensweise den größeren Abschreckungseffekt auf eventuelle Nachahmer unter den Bausoldaten hatte. Ein Herausnehmen von U. D. aus der Baueinheit und ein Strafprozeßverfahren vor einem Gericht nach StGB § 106 (dem Gummiparagraphen der DDR, nach dem viele politische Verfahren geführt wurden) hätte sicher zu einem höheren Strafmaß für den derart Verurteilten geführt. Die Verurteilung zu 3 Monaten Schwedt (dem unter allen NVA-Angehörigen gefürchteten angstumwobenen Militärstraflager) hatte jedoch auf die übrigen Bausoldaten einen viel höheren Einschüchterungseffekt, da sich Militärstrafen und Strafversetzungen ungeheuer schnell auch in anderen Baueinheiten herumsprachen. Mit der solcherart betriebenen „Zerschlagung und Zersetzung“ der agierenden BS-Gruppe hatte das MfS also das langfristige Ziel erreicht, von der Herstellung einer „Bausoldatenzeitung“ abzuschrecken.

Andere Operativvorgänge endeten im Unterschied zum OV „Geheimbund“ nicht mit einer Abstrafung der OV-Personen während ihrer Wehrdienstzeit, sondern wurden nach Entlassung aus dem Wehrdienst in den Baueinheiten meistens über viele Jahre durch die Kreisdienststellen (KD) oder Bezirksverwaltungen (BV) des MfS an den Heimatorten der ehemaligen Bausoldaten weitergeführt, teilweise bis zur Auflösung der KD im Dezember 1989.

Eine im Februar 1996 durchgeführte Fachtagung der Evangelischen Akademie Thüringen führte zahlreiche Bausoldaten aus den 70er und 80er Jahren zusammen, welche mittlerweile Einsicht in ihre OPK- und/oder OV-Akten gehabt haben<sup>54</sup>. Im Überblick ergab diese Tagung folgende Quintessenz:

<sup>54</sup> „Schild und Schwert der Partei beobachten Goldenen Spaten - Die Staatssicherheit und die Bausoldaten“, Vorträge und Gesprächsprotokolle der Fachtagung der Evangelischen Akademie Thüringen, Neudietendorf 9.-11.2.1996

- zahlreiche Akten sind unvollständig und weisen lediglich biographische Ausschnitte auf, die sich auf die Dienstzeit der Bausoldaten und konkrete Vorkommnisse (Briefwechsel, Eingaben, Beschwerden) beziehen;
- neben „klassischen“ OV hat es Sammelvorgänge gegen Gruppen von Bausoldaten gegeben, so wurden beispielsweise Bausoldatengruppen im Stadium der Vorermittlung durch IM beobachtet oder ihre Unterkünfte abgehört;
- des öfteren nahmen OPK Bezug auf Haltungen/Einstellungen von Bausoldaten aus der Zeit vor ihrem Diensteintritt, z. B. Einschätzungen in Sachen Wahlen, bei denen die Heimat-KD abgefragt wurde, ob der Bausoldat schon dort als „Nichtwähler“ aufgefallen und registriert ist,
- Operativvorgänge wurden vielfach angelegt mit dem Ziel, dem Bausoldaten über seine Dienstzeit hinaus zu schaden, indem beispielsweise Studienabsichten oder berufliche Qualifizierungsvorhaben negativ beeinflusst/behindert wurden.

Die operative Bearbeitung von Bausoldaten bezog sich also nicht nur auf die unmittelbare Strafverfolgung und „Disziplinierung“ durch das MfS, sondern auch auf die langfristige Störung und Zerstörung von individuellen Lebensplanungen junger Männer, die sich oft nach Jahren noch fragten, weshalb ihnen diese oder jene berufliche Entwicklung nicht gelang - nicht ahnend, daß ein Dossier des MfS sie in der „Kaderakte“ begleitete. Der beiläufig erzählte politische Witz, die redliche Beschwerde gegen einen militärischen Vorgesetzten, die leise gesummte Zeile aus einem Biermann-Lied verfolgten sie aus ihrem Bausoldatendasein hinaus ins Privatleben und schufen immer wieder Ängste und Unsicherheiten, die lange nachwirkten.



Abt. V 2000 der 3. LVD (Luftverteidigungsdivision)



Bausoldatenzug 86/87 der Stabs-Kompanie Trollhagen/Neubrandenburg

# DER SPATEN

DER BAUSOLDATEN - „SPIEGEL“ Nr 1

GEDANKEN ZUR HAVERIE in TSCHERNOBYL



Der internationalen Atomenergiebehörde wurde auf einer Pressekonferenz in Moskau ein umfassender Bericht über die Ursachen und Folgen der Haverie im Atomkraftwerk Tschernobyl vorgestellt.

Die Ursache des Reaktorunglücks sind mehrere grobe Verstöße gegen die Regeln der Nutzung von Atomkraftwerken angeführt. Unter anderem sei das Kühlsystem nicht ordnungsgemäß gewartet worden.

Das Unglück forderte binnen 31 geschuldete Menschenleben.

135000 Menschen leiden an akuten Strahlenkrankheiten. Wie viele solche Krankheitsfälle folgen, sehen wir noch heute in Japan 41 Jahre nach dem Abbruch der 20.000 Schichtarbeiten.

Doch müssen wir auf den nächsten Störfall warten?

BSStU 000038

BSStU 000038

KOPIE

Dresden, leitete die Betroffenen seine psychologischen an...  
 135000 Menschen mußten aus der Umgebung von Tschernobyl evakuiert werden. Auch wurde mitgeteilt, daß der Reaktor jetzt gegen den Austritt von weiterer Radioaktivität gesichert sei.  
 Mag es sein, daß der Reaktor nicht mehr strahlt, mag es sein, daß menschliches Versagen, das Unglück verursachte, mag es sein.

Dokument 12: BStU MfS- HA XVIII- OV „Geheimbund“- 3718/86, Bl. 38-41

## Büchertip

BSStU 000039

Ich euch...  
 ...den darf,  
 ...die Wahrheit  
 ...man  
 ...den könnte,  
 ...ßbar wachl.  
 ...ch euch zusehen muß  
 H. Kohlau

1. Eine Frau mit ihrem behinderten Kind und ihre Probleme in Familie und Gesellschaft. Roswitha Geppert „Die Last, die du nicht trägst“ (Mitteldeutscher Verlag)  
 Ein Buch, daß viele Leser gefunden hat und immer wieder wärmstens empfohlen werden kann.

2. Das Leben und Leiden im 2. - die eigenartige Entwicklung einer Sekretärin zum Uogehewer - die Biographie von Hecleeb in Tiere Duraud... stählenden Buch... (Militärverlag)

3. Heys Buch ist ein Roman, indem...  
 ...stellt vorhanden ist. Ihm gelingen...  
 ...stellen, in denen eine Wahrheit...  
 ...des Krieges enthalten ist, von...  
 ...der Remarques Buch höchstens...  
 ...eine Andeutung gibt. H.E. Siskind...  
 ...Die Ausbildung, warum... Die Pflaster...  
 ...kosten von Alexander Monte Frey...  
 ...verbindet Historie und...  
 ...Menschlichkeit.  
 (Lupatruce Diätetik)

BSStU

KOPIE

ach den...  
 ...ihre Gott...  
 ...den Willen kein...  
 ...fällt, warum...  
 ...haben, der...  
 ...H. Schultze

Aus den Kirchen 33

BSTU  
000040

**Telegramm:**

Die Luftbrücke  
Holt abhiepens vom  
Verband eingekleidet  
täglich einhundert  
können Nahrungs-  
mittel +++

achtzigtausend  
Mitarbeiter bereiten  
sich derzeit weltweit auf  
Priesterlum vor +++

Lutherischer Weltbund  
offiziell für Friedenskonferenz

+++ vierundzwanzigster bis  
achtundzwanzigster Juni  
neunzehnhundert sieben und  
achtzig Kirchenflug in  
Berlin +++

Wie oft stagnieren unsere  
Beziehungen zu Freunden, Familien-  
mitgliedern und Kollegen.  
Wir brauchen unsere täglichen  
Behauptungen, da mit wie mit  
den Feindern und Überwächtern  
am Jesu willen und um Gottes  
Willen klarnehmen können -  
eine ständig leise Korrektur.



**HILFSANFRAGEN!**

Masken, Mullbinden, Leinen:  
Seife, Zahnpasta, Zahn-  
bürsten, Hautcreme,  
Gichtlappen, Handbürstchen,  
Kerzestille und Schreib-  
papier (bitte nur je  
einmal, wegen der dort  
anfallenden Zölle bei  
Einkäufen)

an:  
Schwester  
Christine Botne  
PO Box 4520 Dar es Salaam  
Tanzania - East Africa

Auszug aus DV's 34

BSTU  
000041

Vorgesetzte müssen sich um  
Unterstellten sorgen und  
ihre persönliche Würde achten

Vorgesetzte müssen Vorschläge,  
Kritik und Kritik  
berücksichtigen

Vorgesetzte müssen die  
Dienstfreude und die  
Schöpferkraft fördern

Vorgesetzte müssen sich  
für die Probleme, Bedürf-  
nisse und Sorgen ihrer  
Unterstellten interessieren

Unser Anliegen ist es - uns und Euch einen  
Spiegel vor's Gesicht zu halten

Henn Euch die Idee gefällt schreibt mal

Wir warten auch auf Anregungen!

PS Schriftverkehr über  
Kontaktadressen?



Hauptabteilung I / LSK - LV  
Unterabteilung 3. LVD

Neubrandenburg, 05.09.86

BSU  
000003

bestätigt:

Eröffnungsbericht  
zum OV "Geheimbund", Reg.-Nr.: XVIII- /86

Name, Vorname: .....  
PKZ, geb. in: .....  
wohnhaft: .....  
Dienstgrad: Bausoldat  
NVA seit, Wehrdienstverhältnis: I/86 - Bausoldat  
Dienststellung: Bausoldat  
Einheit: LSK-LV/3.LVD/StK-33  
Standort: Trollenhagen/Neubrandenburg/  
Neubrandenburg  
Tätigkeit vor Einberufung: .....  
Parteizugehörigkeit: ohne  
Organisationen: ohne  
Vorstrafen: ohne

Dokument 13: BSU MfS- HA XVIII- OV „Geheimbund“- 3718/86, Bl. 8, 14-16

000011

7

..... verhielt sich bisher ruhig und zurückhaltend. Operativ trat er erstmalig im Zusammenhang mit der Verächtlichmachung des KC der StK-33, Hptm. Sense, im Juni 1986 dahingehend in Erscheinung, daß er ihn in einer Karikatur darstellte. Im Gespräch mit dem IMS "Bernd Siegel" erweiterte ..... die Ausdeutung der Karikatur auf die NVA allgemein. Nach eigenen Angaben will ..... vor seiner Einberufung in einer Umweltschutzgruppe mitgearbeitet haben.

Nach Einschätzung der Abt. IX und Abt. XX der BV Neubrandenburg ist auf Grund der vorliegenden Informationen, der Persönlichkeitsbilder, der Persönlichkeitentwicklungen und der Kontakte im Wohn- und Freizeitbereich der im "Geheimbund" integrierten Bausoldaten davon auszugehen, daß sich dieser Personenkreis damit beschäftigt, mit konspirativen Mitteln feindlich-negativ unter den in der NVA an verschiedenen Standorten dienenden Bausoldaten zu wirken, um sie in ihrer ablehnenden Haltung zu den gesellschaftl. Verhältnissen in der DDR zu bestärken. Durch die Bildung einer sogenannten "Redaktion" zur Herstellung und des Verbreitens der sog. Bausoldatenzeitung "Der Spaten" und der in diesem Zusammenhang dargelegten Ziele und Absichten, wie:

- Aktionen zu unternehmen, um gegen die staatliche Ordnung der DDR, insbesondere gegen den Wehrdienst in der NVA vorzugehen;
- Anstreben einer illegalen Vereinigung unter den Bausoldaten;
- Vertiefung der Widersprüche der Bausoldaten zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR;
- Suche nach Gleichgesinnten

kann der begründete Verdacht abgeleitet werden, daß ein Personenzusammenschluß herbeigeführt wurde, der sich eine gesetzwidrige Tätigkeit zum Ziel gesetzt hat. Durch die Verteilung und das Übertragen von Funktionen nimmt dieser Zusammenschluß bereits festere Organisationsformen an. Damit erfüllt der Personenkreis "Geheimbund" objektiv den Straftatbestand des § 218 (1) StGB. Der § 218 StGB setzt auf der subjektiven Seite Vorsatz voraus. Der Personenzusammenschluß "Geheimbund" wird vorsätzlich in Kenntnis der Gesetzwidrigkeit seiner Handlungen wirksam. Das findet seinen Ausdruck in der Nutzung und Anwendung konspirativer Methoden zur Übersendung der "Zeitung" und Meinungsaustausch über sogenannte Kontaktadressen und ledigliche Einbeziehung "überprüfter" Personen.

000015

8

Als Inspirator und Organisator tritt, ausgehend von den bisherigen Erkenntnissen, der BS [REDACTED] in Erscheinung. In diesem Zusammenhang besteht die Möglichkeit, daß [REDACTED] durch Hintermänner (evtl. "Bernauer Friedenskreis") zur Begehung feindlich-negativer Handlungen inspiriert wurde.

Durch die handschriftlich-e Herstellung der Zeitung "Der Spaten-Bausoldatenpiegel Nr. 1" werden durch den Personenkreis "Geheimbund" die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, insbesondere der Wehrdienst in der NVA, diskriminiert und herabgewürdigt. Durch das Verteilen der Zeitung unter Bausoldaten der NVA, die an anderen Standorten ihren Dienst versehen, wird versucht, deren Widersprüche zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR zu vertiefen und Gleichgesinnte zusammenzuschließen, um gegen die staatliche Ordnung in der DDR, insbesondere den Wehrdienst in der NVA, vorzugehen. Damit erfüllt der Personenkreis "Geheimbund" objektiv die Straftatbestandsmerkmale des § 106 (1), Ziff. 2 StGB.

Aus dem gegenwärtigen Bearbeitungsstand liegen zum Personenkreis "Geheimbund" keine Strafausschließungsgründe bzw. Strafaufhebungsgründe vor.

Die Gesamtheit der vorliegenden Bearbeitungsergebnisse wurde mit der Abt. IX der BV Neubrandenburg beraten. Gen. der AB 1/76 liegt der Verdacht strafbarer Handlungen nach § 218 (1) StGB vor.

## 2. Quellenangabe

Das Ausgangsmaterial für die Anlegung des OV wurde durch den Einsatz des IMS "Bernd Siegel" erarbeitet. Bei dem IMS "Bernd Siegel" handelt es sich um einen mehrfach überprüften und zuverlässigen IM unserer Dienst Einheit.

Das Original der Nr. 1 der Bausoldatenzeitung "Der Spaten" wurde durch den IMS unserem Organ zugänglich gemacht und als inoffizielles Beweismittel gesichert.

Weitere op. Hinweise zu den beteiligten Personen gehen aus dem durch die zuständigen Dienst Einheiten mit der Binberufung übersandten VSH-Materialien hervor.

## 3. Zielstellung der OV-Bearbeitung

1. Aufklärung des Umfanges und der Intensität der Handlungen und Aktivitäten des Personenkreises "Geheimbund", ihrer Ziele, Pläne und Absichten bei gleichzeitiger Erarbeitung von Beweisen für strafbare Handlungen gem. der §§ 218 und 106 StGB.

BStU

000015

9

2. Vorbeugende Verhinderung der Pläne und Absichten des Personenkreises "Geheimbund" zur Realisierung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen gegen die Wehr- und Friedenspolitik der DDR bei gleichzeitiger Einschränkung des pol.-neg. Wirksamwerdens durch den offensiven, differenzierten und aufeinander abgestimmten Einsatz inoffizieller Kräfte zur Einleitung von Maßnahmen der op. Zersetzung und Desorganisation.
3. Aufklärung der Persönlichkeitsbilder der im OV "Geheimbund" bearbeiteten Personen sowie deren pol. Einstellungen und Motive für die strafbaren Handlungen, des Verbindungskreises unter Beachtung der Inspirierung durch Hintermänner aus dem Personenkreis, die dem politischen Untergrund im Raum Bernau zuzuordnen sind.

Leiter der Abteilung LSK-LV

Richter  
Oberst

## Verteiler:

- 1 Ex. OV
- 1 Ex. HA I/AKG
- 1 Ex. Abt. LSK-LV
- 1 Ex. UA 3. LVD

Auftrag:BStU  
000042

Genosse "Berni Siegel", sie erhalten vom Ministerium für Staatssicherheit folgenden Auftrag :

Ausgehend von ihrem Bericht vom 26.8.86 liegen Hinweise für einen Zusammenbruch negativ-feindlicher Personen vor, der sich das Ziel gestellt hat, eine sogenannte "Bausoldatenzeitung" anzufertigen und zu verbreiten, um damit eine überregionale Verbindung zwischen Bausoldaten an den unterschiedlichsten Standorten zu schaffen.

Diese Absichtungen stellen ein bereits eines hohen Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit dar, da bewusst Ziele verfolgt werden, die sich gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse und Gesetze unseres Staates richten.

Sie zeigen die innere Instabilität unseres Staates und seiner Streitkräfte an und spielen dem Gegner in die Hände.

Sie erhalten von MfS den Auftrag auf der Grundlage der bestehenden Vertrauensbasis in diese Gruppierung auszubringen und folgende Schwerpunkte zu klären :

- Herausarbeitung der wahren Ziele, Absichten und Motive der einzelnen beteiligten Bausoldaten, deren Differenzierung und Feststellung der Anführer
- beweismäßige Dokumentation aller in Zusammenhang mit der "Zeitung" stehenden Umfängen, Äußerungen, schriftlichen Darlegungen, Korrespondenzen und Deckadressen
- Erarbeitung von Hinweisen auf Verbindungspersonen innerhalb und außerhalb der DDR mit dem Ziel, zu prüfen, ob über diese Verbindungen eine Inspiration durch feindlich-negative Kräfte bzw. Institutionen erfolgt
- besonders sind dabei die Kontakte und Verbindungen des BC Dama zu dokumentieren
  - mit welchen Personen, Institutionen und Einrichtungen in und außerhalb der DDR schreibt sich der
  - mit welchen Personen unterhält er im Urlaub und Ausgang Kontakt, durch wen wird er besucht
  - hat der die Idee mit der "Zeitung" langfristig vorbereitet, woher stammen seine Ideen und Textauszüge für die Zeitung
- welche Festlegungen für die Übersendungen der kopierten Exemplare der "Zeitung" werden präzisiert
  - welche Kontaktadressen werden genutzt und wie wird die "Zuverlässigkeit" der Kontaktpartner eingeschätzt.
  - welche Mittel der Vervielfältigung sollen genutzt werden z.B. technische Mittel der Kirche, Mißbrauch von HVA-Technik

- welche Reaktionen wurden mit der Übersendung der "Zeitung" an den anderen Standorten erzielt, welche Breite wird erfaßt, welche Personen bzw. Gruppierungen bieten ihre Mitarbeit und Unterstützung an. Welche Ziele und Motive liegen für diese Personen vor.
- welche inhaltlichen Tendenzen sind durch den Kreis der "Reaktion" für die weitere Perspektive der "Zeitung" geplant.

Ihr Erfüllung dieses Auftrags ist es auch notwendig folgende Verhaltenslinie einzuhalten.  
Sie verhalten weiterhin fest in der sogenannten "Reaktion" der "Bausoldatenzeitung" und verhalten den vertraulichen Kontakt besonders zur BStD streng. Dazu kann die gleichgelagerte Tätigkeit als Pfleger in einem Kindergarten beim eine reale Grundlage bilden.

Sie stehen sich jedoch aus politischen Linie der Reaktion zurück und übernehmen in keinem Fall den politischen Teil. Begründen sie diesen Schritt mit der Angst vor einer erneuten Haftstrafe, da sie bereits zweimal wegen solcher Delikte "geessen" haben.

In den Gesprächen über Inhalt, Form und Verbreitung der Zeitung sind durch die konstruktiven Vorschläge einzubringen bzw. weitestgehend zu vermeiden.

Durch unangelegte und ständige Anregung zu Diskussionen über den Sinn von Aufwand und Nutzen der "Zeitung" sind die anderen immer wieder zur Erläuterung ihrer Ziele und Motive für die Mitwirkung zu veranlassen.

Bieten sie die Nutzung ihrer Wohnanschrift in Neubrandenburg als zentrale Kontaktadresse an, in somit die Feststellung möglicher Kontaktpartner, sowie deren Ziele und Motive erleichtert wird.

Achten sie auf mögliche Testhandlungen der anderen Bausoldaten zur Überprüfung ihrer "Zuverlässigkeit". Prüfern sie von sich aus immer wieder auftretende Diskussionen über den Kontakt zum BStU zu den Sicherheitsorganen.

Ich bin bereit den vorliegenden Auftrag zu erfüllen

*Im Original gezeichnet  
"B. Siegel"*

**Geheim!**

STERRAT  
DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK  
Ministerium für Staatssicherheit

Arbeitsenschlüssel: [redacted] Neubrandenburg, den 9.10.86  
 Tgb.-Nr.: [redacted]  
 Tel. Tag: 8512 Nacht: 8512

HA I/LSK-LV  
 MA 3. LVD  
 Gbrlich G

Bestätigt: BStU  
000053

### Fahndungersuchen

Arbeitsvermerke der HA VI:

04:   
 05: B/S  
 07:   
 08:   
 13:  
 14:  
 17: 09:

**KOPIE BStU**

Person ist in Abs. XII erfasst

Bewertung der operativen Notwendigkeit des Fahndungersuchens unter Beachtung unseliger Hinweise:

Der [redacted] wird auf Grund seiner Zugehörigkeit zu einer neg.-feindlichen Gruppierung durch unsere DE in einem OV bearbeitet. [redacted] ist Antragsteller auf Übersiedlung in die BRD und will dazu die Hilfe von Feindorganisationen in Anspruch nehmen. Persönliche Kontakte sollen in der DDR stattfinden. [redacted] ist s.Z. Bausoldat der LVA, will sich mit einem unberechtigt in seinem Besitz befindlichen Personalausweis die Möglichkeit der visafreien Ausreise in die DDR sichern.

Zielstellung der Fahndung:

- Festnahme des [redacted] beim Versuch in die DDR zu gelangen und Übergabe an unsere DE

Die Fahndungsmaßnahmen machen sich an allen GÜSt zur DDR, sowie zur GÜSt Flughafen Bln.-Schönefeld notwendig.

*Das Fahndungersuchen wurde zum 17.10.86 durch die BV/Neubrandenburg All. J. abgeschlossen.*

Leiter der HV/HA (selbst, AB, BV/V) Leiter AB, KD

Dokument 15: BStU MfS- HA XVIII- OV „Geheimbund“- 3718/86, Bl. 53

000097

Hauptabteilung I / LSK - LV  
 Unterabteilung 3. LVD

Neubrandenburg, 10.11.86

bestätigt:  
 Leiter der Abteilung LSK-LV

Richter  
 Oberst

**KOPIE BStU**

KONZEPTION  
zur operativen Zersetzung des Personenkreises "Geheimbund"

Entsprechend einer Absprache mit der HA IX/2 (s. Absprachevermerk) wurde entschieden, den Personenkreis "Geheimbund" offensiv und angriffsfähig zu zerschlagen und zu zersetzen.

Zielstellung:

1. Vorbeugende Verhinderung eines weiteren negativ-feindl. Wirksamwerdens des Personenkreises "Geheimbund" in Hinsicht auf die Fertigung, Vervielfältigung und Vorbereitung der Bausoldatenzeitung "Der Spaten" und zur Verwirklichung ihrer erklärten Zielstellung.
2. Zersetzung und Auflösung des Personenkreises "Geheimbund" und Durchführung von Maßnahmen der Verunsicherung unter dem Bestand der Bausoldaten der StK-33 Trollehagen mit langfristiger Veranlassung zu gesellschaftsgemäßem Verhalten.
3. Isolierung und Diskreditierung des Initiators und Organizers von "Geheimbund", DANIEL, im Kreis der Bausoldaten durch Kriminalisierung seiner Handlungen und Schaffung von Voraussetzungen für eine strafrechtliche bzw. disziplinare Ahndung seiner unerlaubten Entfernungen gem. § 255 StGB bzw. DV 10/0/003.
4. Gewährleistung der Konspiration des IMB "Bernd Siegel".

Dokument 16: BStU MfS- HA XVIII- OV „Geheimbund“- 3718/86, Bl. 97-99

BSTU  
000098

2

Maßnahmen:

- Durchführung einer operativen Kombination mit der Zielstellung:
  - Offizialisierung des Sachverhaltes durch Auffinden der Bausoldatenzeitung "Der Spaten" beim Initiator [REDACTED]
  - Schaffung eines Anlasses für ein Prüfungsverfahren gem. § 95 StPO durch die HA IX/2 zum BS [REDACTED]

Grundidee:

Durchführung einer Tiefenkontrolle im Gesamtbestand der Bausoldaten am Standort Trollehagen unter der Legende von festgestellten Fehlbeständen bei Bekleidung/Ausrüstung nach der Sicherstellung der Ein- und Auskleidung der neu eingestellten Soldaten durch die Bausoldaten. Die Durchsuchung wird durch zuverlässige IM sichergestellt. (IMS "Rolf Reinmann", GMS "Gerhard Müller"). Nach Auffinden der Zeitung beim BS DANNE wird er zur Befragung der HA IX/2 im Bereich der UA 3. LVD ausgemittelt.

Termin: 08.11.86, 07.00 Uhr verantw.: Leiter der UA  
Hptm. Görlich

- Einsatz des IMS "Birke" in Schlüsselposition zur sofortigen Arretierung des BS [REDACTED] für 10 Tage im Standortarrest wegen Verstoß gegen die DV 010/0/003 und 010/0/009 mit dem Ziel der Isolierung von den anderen Bausoldaten und Schaffung von Voraussetzungen für eine tiefgründige Untersuchungsführung. Entsprechend der op. Situation erfolgt die Arretierung weiterer Mitglieder von "Geheimbund", einschl. des IMB "Bernd Siegel" auf der Grundlage der Aussagen von [REDACTED]. Der IMS "Birke" veranlaßt den Einsatz einer Untersuchungskommission der NVA zur Herausarbeitung der mehrfachen UE des BS [REDACTED] während seines Einsatzes am Standort Warbelow. Damit Schaffung der Voraussetzungen für eine disziplinare Ahndung mit 3 Monaten Dienst in der Disziplinareinheit. Die Handlungsweisen des [REDACTED] werden kriminalisiert und somit eine Diskreditierung gegenüber den anderen Bausoldaten angestrebt.

Termin: 08.11. - 15.11.86 verantw.: Major Sieler  
Hptm. Görlich

- Umsetzung von Bausoldaten zwischen den gegenwärtigen Einsatzstandorten Laage und Trollehagen
  - Umsetzung BS [REDACTED]  
BS [REDACTED]  
BS [REDACTED]  
BS [REDACTED]
 nach Laage mit dem Ziel, BS [REDACTED] aus "Geheimbund"

000099

3

und den anderen Beteiligten zu isolieren und Unruhe und Unsicherheit unter dem Personalbestand der Bausoldaten auszulösen.

- Umsetzung der BS [REDACTED]  
BS [REDACTED]  
BS [REDACTED]  
BS [REDACTED]

zum Standort Trollehagen mit dem Ziel, Voraussetzungen der Untersuchungen zum BS DANNE (§ 255 StGB) zu ermöglichen und Zeugnisaussagen zu erhalten.

Termin: 10.11.86 verantw.: Major Sieler

- In Abhängigkeit von den Ergebnissen einer op. Maßnahme der UA Stab (i.d.o.LaSK) zur Verbindungsperson BS [REDACTED] (ehem. OV "Hausmann", Mitbegründer des Bernauer Friedenskreises) wird geprüft, inwiefern diese Verbindung durch zielgerichtete Maßnahmen gestört, Mißtrauen erzeugt und BS [REDACTED] auf seiner ehemaligen Arbeitsstelle, [REDACTED], nachhaltig diskreditiert wird.

Termin: 10. - 30.11.86 verantw.: Major Sieler  
Hptm. Görlich

- Durchführung von Maßnahmen, um den BS [REDACTED] aus dem Personenkreis "Geheimbund" als scheinbaren Informanten des IMB zu diskreditieren mit dem Ziel, den Initiator DANNE zu verunsichern, die Konspiration des IMB zu erhöhen und Mißtrauen zwischen den Mitgliedern von "Geheimbund" zu erzeugen.

Termin: 08.11. - 30.11.86 verantw.: Leiter der UA  
Hptm. Görlich

- Überprüfung der Reaktion und Wirksamkeit der eingeleiteten Zersetzungsmaßnahmen durch inoffizielle Kontrolle durch den IMB "Bernd Siegel", durch die Mittel "B" der Abt. 26 und M-Kontrolle (innerhalb) der ein- und abgehenden Post.

Termin: 08.11. - 30.11.86 verantw.: Hptm. Görlich

- Auf der Grundlage der Ergebnisse der durchgeführten Reaktionskontrolle erfolgt die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Zersetzungsmaßnahmen und eine ständige Präzisierung des weiteren konzeptionellen Herangehens in Abstimmung mit der HA IX/2 bzw. der Abt. XX der BV Neubrandenburg.

Leiter der Unterabteilung  
Hegnis  
Major

Verteiler: 1 Ex. OV  
1 Ex. I/ANG  
1 Ex. I/LSP-LV  
1 Ex. UA 3. LVD